

# ads info

*AKTIONSGEMEINSCHAFTEN von Demokraten und Sozialisten* FU

## Sondernummer

Westberlin Februar 1977

---

**GEMEINSAM GEGEN  
BERUFSVERBOTE  
UND POLITISCHE  
DISZIPLINIERUNG**

**Gemeinsam für  
die Berufung von  
Robert Katzenstein**

**Inhalt**

**Einleitung**

**I Zur Person Robert Katzensteins**

**II Chronologie der Ereignisse**

oder

**Haltet Wissenschaften frei, von Marx und Mitbestimmerei**

**III Wie steht es um den Wissenschaftspluralismus am**

**Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der**

**Freien Universität Berlin**

**IV Berufsverbot - Theorieverbot - Denkverbot**

**Anhang**

## Einleitung

Im Januar 1977 jährt sich zum fünften Male ein mehr berüchtigtes, denn berühmtes Datum: Die Verabschiedung des "Radikalenerlasses". Seit fünf Jahren wird in der BRD und Westberlin eine Politik der Gesinnungsschnüffelei und der Berufsverbote gegen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten betrieben. In diesem Zeitraum wurde ein riesiger Überwachungsapparat seitens der vorgeblichen Verfassungsschützer geschaffen. Der Etat des Verfassungsschutzes steigt kontinuierlich, Hunderttausende werden ob ihrer politischen Haltung bespitzelt, Tausende erhalten Berufsverbot.

Ziel dieser Politik ist es, solche gesellschaftlichen Zustände zu schaffen, die der "Erfinder"-der Marktwirtschaft - Ludwig Erhard - die "formierte Gesellschaft" nannte. Statt mündiger Bürger Untertanen, statt mehr Demokratie Abbau demokratischer Grundrechte, so sollte die Formierung der Gesellschaft zu einer von Führern und Angeführten erreicht werden.

Aber: Reale Widersprüchlichkeiten lassen sich nicht durch Appelle dazu bringen, keine mehr zu sein. Wie die anhaltende Wirtschaftskrise das "Wirtschaftswunder" zerstörte, so der zunehmende "Raubbau an der demokratischen Substanz der Verfassungen der BRD und Westberlin, das Märchen von der freiheitlichsten aller Grundordnungen. Diese Gesellschaft stellt sich heute nicht als formierte, wohl aber als deformierte dar.

Doch: Auch das Aussprechen der Widersprüche führt nicht zu ihrer Aufhebung. Aber die Erkenntnis, daß nicht Alle-in-einem-Boot-sitzen, daß es eine erhebliche Differenzierung zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit gibt, ist eine Voraussetzung dafür, daß Widersprüchlichkeiten aufhebbar werden.

Die Politik der Berufsverbote ist der gescheiterte Versuch, das Aufheben von Widersprüchen innerhalb der Gesellschaft zu verbieten, indem ihr Aussprechen verboten wird, indem Danksverbot erteilt wird. Die Berufsverbotspolitik ist der gescheiterte Versuch, Oppositionslosigkeit zu schaffen.

Denn fünf Jahre verfassungsfeindliche Politik sind auch fünf Jahre Kampf gegen sie. Konnte 1972 noch der Eindruck erweckt werden, von diesen Maßnahmen sei nur eine "kleine linksradikale Minderheit" betroffen, und wurde dementsprechend auch der Protest vorerst nur von den unmittelbar Betroffenen getragen, umfaßt heute die Bewegung gegen die Berufsverbotspolitik zunehmend alle, die, die potentiell von ihr getroffen werden können. Und wer kann heute schon mit Sicherheit ausschließen, daß nicht er der nächste Betroffene ist, es sei denn, er ist Mitglied einer rechtsradikalen Organisation. Mit dem wachsenden Protest des In- und Auslandes wurden von den Berufsverboteiern neue Formen für ihr Vorgehen gesucht. Es wird versucht, sich selbst aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken, einen Mechanismus zu installieren, der die "Sache" gewissermaßen automatisch regelt. Die vorliegende Dokumentation handelt von einem solchen Versuch.

Der "Fall K." steht exemplarisch für die subtile, moderne Form des Berufsverbots: Statt direktes, indirektes Berufsverbot, ausgesprochen nicht mehr von den Anstiftern, sondern deren Erfüllungsgehilfen. So hat die Broschüre zwei Funktionen; einmal müssen die neuen Formen des Berufsverbots von der demokratischen Bewegung analysiert werden, um geeignete Aktionen gegen diese Grauzone der politischen Disziplinierung finden zu können. Hierzu soll Material geliebert werden, deshalb ist der "Fall K." von Bedeutung.

Zum anderen gilt es, ein Berufsverbot gegen einen Antifaschisten und Kommunisten zu verhindern; Information der demokratischen Öffentlichkeit ist hierzu der erste Schritt.

## ZUR PERSON ROBERT KATZENSTEINS

### 2.1. Lebenslauf

1928 in Berlin geboren, zwang der Sieg des Faschismus in Deutschland Robert Katzenstein 1939 zur Emigration in die Schweiz. Drei Jahre später mußte er in das faschistische Deutschland zurück, wo er alsbald gezwungen war in die Illegalität zu gehen.

Nach dem Abitur(1947) studierte er an der Humboldt-Universität (Berlin-DDR) Jura und von 1952 an Politische Ökonomie.

Nach dem Diplomabschluß arbeitete er von 1956 an bis 1969 am Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR), wo er auch 1961 mit einer Untersuchung über die Reproduktion des fixen Kapitals promovierte und sich 1969 habilitierte.

Nach Lehrtätigkeiten im Rahmen der Aspirantenausbildung (Graduier-tenförderung) an der Akademie der Wissenschaften (Berlin-DDR) und an der Hochschule für Ökonomie und Gutachtertätigkeiten, setzte er 1969 seine empirischen und theoretischen Untersuchungen (vgl. Punkt 2.2) am Deutschen Wirtschaftsinstitut (Berlin-DDR) fort.

Nach dessen Auflösung in der bisherigen Form im Jahre 1971 war er frei tätig und übernahm, neben mehreren Veröffentlichungen, eine Lehrtätigkeit am Fachbereich Politische Wissenschaften der FU Berlin und hielt im SS 1974 Gastvorlesungen am Institut für Soziologie an der FU.

Weiterhin übernahm R. Katzenstein Aufgaben in den Ökonomiekommissionen der Zeitschriften "Das Argument" (seit 1973) und "Sozialistische Politik" (seit 1975). Seit 1976 ist er bei der letztgenannten Zeitschrift Redaktionsmitglied.

## 2.2. Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit R. Katzensteins

(Zum wissenschaftlichen Lebenslauf)

Wie aus voranstehendem Lebenslauf ersichtlich, arbeitete R. Katzenstein von 1956 an im Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften.

Dort begann er seine wissenschaftlichen Forschungen in der Arbeitsgruppe "Reproduktion und Krisen", deren Untersuchungsgegenstand die neueren Erscheinungen der Nachkriegsentwicklungen des Kapitalismus bildeten, u.z. unter dem Gesichtspunkt des Krisenszyklus und seinen Modifikationen.

Da es bei der Frage nach deren Ursachen zunächst und vor allem galt, generell die herkömmlichen Grundauffassungen der Politischen Ökonomie des Kapitalismus zu überprüfen, ergab sich daraus K. Katzensteins erster Arbeitsschwerpunkt.

### 2.2.1. Kritische Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Konjunkturtheorien

R. Katzenstein arbeitete sich intensiv in die Arbeiten von Samuelson, Marshall, Walras, Clark, Keynes, Hansen, Kaldor, Domar, Haberler, Harrod, Schumpeter, Fourastié, Galbraith und Svernilson unter

dem vorrangigen Gesichtspunkt deren Behandlung des konjunkturellen Aspektes ein.

Das Resultat dieser Studien war der Eindruck, daß diese Theoretiker mehr oder minder wesentliche und offensichtliche Zusammenhänge unberücksichtigt ließen und von daher in Frage gestellt werden mußten; woraus sich die Notwendigkeit der empirischen Untersuchungen ergab, die klären sollten, ob und in wiefern den theoretischen Ableitungen der bürgerlichen Konjunkturtheorien überhaupt die Praxis zugrundeliegt.

Daraus ergab sich für R. Katzenstein der nächste Arbeitsschwerpunkt.

### 2.2.2. Die Investitionen, ihre Rolle und Bedeutung im Gesamtproduktionsprozeß und ihre Stellung im Rahmen des kapitalistischen Krisenzyklus

Der zentralen Bedeutung der Investitionen im Mechanismus des Krisenzyklus wegen, galt es R. Katzenstein, den Zusammenhang zwischen den Investitionsprozessen und dem Krisenzyklus unter seinen theoretischen und empirischen Aspekt zu überprüfen.

In der theoretischen Überprüfung widmete sich R. Katzenstein einer entsprechenden Auswertung der marxistischen Krisentheorie und der keynesschen bzw. neokeynesianischen Theorie.

Im empirischen Teil der Untersuchung, dessen Kern die Triebkräfte der Investitionsprozesse bildeten, zu deren wesentlichen Kraft die Produktivkraftentwicklung zählt, oder allgemeiner, der technische Fortschritt, trennte er letzteren in zwei Momente auf -

die wissenschaftlich-technische Entwicklung schlechthin und - die spezifischen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer technischer Fortschritt sich vollzieht. Die Untersuchung des ersten Aspekts bildete den nächsten Arbeitsschwerpunkt.

#### 2.2.2.1. Entwicklungsgeschichte des produktionstechnischen Fortschritts

Die erste Phase dieser Forschungen galt der Untersuchung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und ihrer Umsetzung in die Produktion, woraus sich dann die Frage nach der Art und Weise des Verhältnisses von wissenschaftlich-technischer Erkenntnisgewinnung und deren Anwendung ergab.

Zentrales Forschungsergebnis war dabei, daß die beiden Seiten dieses Verhältnisses sich daraus nicht synchron entwickeln, sondern daß vielmehr die Einführung moderner Technik in die Produktion immer stärker auf die Grenzen der Kapitalverwertung treffe.

#### 2.2.2.2. Monopolistischer und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Aus letztgenanntem Forschungsergebnis ergab sich der folgende Arbeitsschwerpunkt, der sich mit der, als notwendig aus den Bedingungen nochgradig vergesellschafteter Produktion resultierend erkannten, Entwicklung des Kapitalverhältnisses selbst beschäftigte, einem Arbeitsschwerpunkt, in dem sich die verschiedensten Untersuchungen



wieder miteinander verflochten.

So handelte es sich zum einen um die Frage, ob und welchen Einfluss das Monopol auf den Krisenmechanismus und die zyklische Bewegung der Produktion hat, zum anderen darum, die Entwicklung des Kapitalverhältnisses aus den Zusammenhängen und Konflikten in diesen Prozessen abzuleiten; summa summarum nicht mehr schwerpunktmäßig in einzelne Teilbereiche, wie die Investitionsbewegung, sondern um den Gesamtkomplex der politischen Ökonomie der Gegenwart. Für R. Katzenstein ging es dabei vor allem um Fragen des Versagens des Profitmechanismus als Triebkraft und Regulator der Produktion und um Fragen des Monopols, das über den Monopolprofit die Kapitalverwertung bei hochgradig vergesellschafteten Produktivkräften und damit ihre Anwendung als Kapital sicherstellen könne. Weiterhin, aus letztgenannten Prozessen herleitend, um die Notwendigkeit gesellschaftlicher Organisation und Planung, die unter den gegebenen Verhältnissen ihren Ausdruck in der monopolistischen Planung der Profitproduktion findet.

Im Anschluß an die intensive Untersuchung dieser theoretisch und empirisch faßbaren Problemkomplexe, trat für R. Katzenstein die theoretische Verallgemeinerung der Forschungsergebnisse in den Vordergrund.

### 2.2.3. Monopoltheorie

Katzenstein widmete sich hier dem Problemkomplexen Monopol und Konkurrenz, Monopol und Planung, Monopol - und Durchschnittsprofit, Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige unter monopolistischen Bedingungen usw.

#### 2.2.4. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik; Staat und Kapital bzw. Staat und Monopol

Dieser Schwerpunkt entsprach in seinem Kerngehalt zwar dem vorherigen, ist aber etwas anders strukturiert, insofern als Katzenstein den Staat in seinem Zusammenhang mit der Kapitalreproduktion gewissermaßen als endogen und exogen faßbar begriff. Darunter versteht er einmal den Staat als ökonomische Potenz, andererseits aber als unmittelbar auf den Prozeß der Profitaneignung und -verteilung einwirkend.

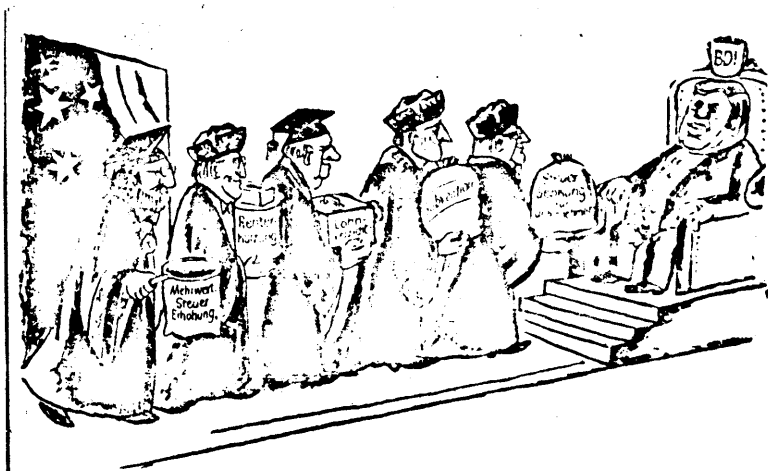
Dieses, als notwendig bestimmte, Einwirken des Staates untersuchte Katzenstein unter dem Gesichtspunkt des offensichtlichen Versagens des Profitmechanismus (generell auch als Versagen der Marktwirtschaft bekannt) in diesem Bereich, wobei er dieses Versagen, bzw. den Staatseingriff als Implikationen des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate versteht.

Hieraus ergab sich dann auch der Ansatz für weitere Arbeitsschwerpunkte.

#### 2.2.5. Kritische Auseinandersetzungen mit der neomarxistischen und der bürgerlichen Theorie

Die Auseinandersetzung mit der ersten, die R. Katzenstein als für beide Seiten fruchtbare Diskussion versteht und auch entsprechend aufnahm, führte ihn über seinen unmittelbaren Arbeitszusammenhang hinaus, an speziellere Fragenkomplexe heran, so zur Frage der Staatsableitung, den Zusammenhang von Ökonomie - Ideologie und Politik und schließlich zu historischen Momenten und Prozessen, die in diesen Zusammenhängen eine Rolle spielen.

Diese Fragenkomplexe bilden derzeit den Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit R. Katzensteins, Fragenkomplexe, in deren Zusammenhang sich für R. Katzenstein, wie auch schon zuvor, die kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Theorie als unbedingt notwendig erweist. So tritt gerade die Auseinandersetzung mit bestimmten Schulen der bürgerlichen Theorie, wie z.B. der "Wohlfahrts" - Ökonomie, der "Neuen politischen Ökonomie" usf. bei der Behandlung des Verhältnisses von Ökonomie - Ideologie - Politik in den Vordergrund, seiner gegenwärtigen und weiteren wissenschaftlichen Arbeit, wie auch mittelbar und unmittelbar sich die genannten Zusammenhänge beeinflussen.



## II CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

oder

Haltet Wissenschaften frei, von Marx und Mitbestimmerei

26. Juni 1975 - Die Wissenschaftliche Einrichtung IV (Wirtschaftspolitik) des Fachbereiches 10 beschließt die Wiederausschreibung einer Professoren-Stelle (AH 5) für Politische Ökonomie (Pol.Ök.) In dem Ausschreibungstext heißt es: "Der Bewerber soll schließlich über fundierte Kenntnisse der Marx'schen Methode und Theorie einschließlich der Kritik der bürgerlichen Ökonomie verfügen." Zur Begründung hierzu schreibt die WE IV, daß diese Stelle "dem Bedürfnis der Studenten nach empirischer Untersuchung aktueller sozioökonomischer Probleme in der BRD in einem Forschung und Lehre integrierenden Projektgruppen-Studium Rechnung (tragen soll). Darüberhinaus liegt nach Auffassung der Professoren Riese, (man höre!), Ollenburg (man staune!) und Kisker die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Professur darin, daß sich die Reformierung des Studiums nicht nur auf dessen formelle Gestaltung zu beschränken hat, sondern es ist "darüberhinaus auch die inhaltliche Neugestaltung des Studiums zu betreiben. Diese muß davon geleitet sein, die weitgehende Vernachlässigung der gesellschaftlichen und historischen Dimensionen der traditionellen ökonomischen Theorien zu überwinden, um wieder einen angemessenen Beitrag zur Analyse und Gestaltung der sozioökonomischen Realität zu leisten".

Als Voraussetzung einer solchen Reform wird angegeben die "Institutionalisierung der Marxistischen Politischen Ökonomie in Lehre und Forschung", da diese sowohl den Ansatz zur "Überwindung der "Enthistorisierung" und der "Entgesellschaftung" der Wirtschaftswissenschaften" bietet, als auch die Methode "zur Verwirklichung des allseits geforderten Methodenpluralismus. "Allgemein gesprochen soll sich eine so verstandene Politischen Ökonomie über die vier Schwerpunkte erstrecken:

1. Marxistische Theorie
2. Pol.-Ök. des Spätkapitalismus
3. Pol.-Ök. der Dritten Welt
4. Pol.-Ök. nicht-kapitalistischer Wirtschaftsgesellschaften

Da der inhaltliche Umfang dieser Bereiche aber derart komplex ist - in der WE-IV aber bislang nur ein Hochschullehrer Pol.Ök. lehrt - fordern die Professoren gleichzeitig "sofort weitere Hochschullehrerstellen bereitzustellen, um auch die anderen Schwerpunktbereiche einer wissenschaftlichen Bearbeitung zugänglich zu machen."

Würde die Geschichte hier enden, die Broschüre hätte nicht geschrieben werden brauchen. Bis hier her klingt alles märchenhaft: Endlich soll ernst gemacht werden mit dem Wissenschaftspluralismus, mit den Forderungen der Studenten, marxistische Lehrinhalte an der Hochschule zu verankern. Marxismus soll nicht nur pluralistisch-in-einer-Brust vertreten werden, sondern auch von einem Marxisten, so jedenfalls liest man es in den zitierten Texten. Mancher Leser wird sich sagen Zu schön, um wahr zu sein. Leider muß ihm recht gegeben werden, denn die Vorlage der WE IV wird vom Fachbereichsrat (FBR) an diese zurückgewiesen. Am

9. Juli 1975 beschließt das erlauchte Gremium, dann folgenden Ausschreibungstext: "Der Bewerber soll über fundierte Kenntnisse der Wirtschaftstheorie unter besonderer Berücksichtigung politökonomischer einschließlich marxistischer Ansätze verfügen."

Wie hieß es doch im ursprünglichen Text (g.o.): "Der Bewerber soll über fundierte Kenntnisse der Marxschen Methode und Theorie einschließlich der Kritik der bürgerlichen Ökonomie verfügen."

Nun wird aus schwarz weiß: Statt Kenntnis der "Marxschen Methode.. usw." wird nun die der Wirtschaftstheorie (welcher eigentlich?) gefordert, statt Kritik der bürgerlichen Ökonomie soll der Bewerber auch die politökonomische Wirtschaftstheorie kennen. Und da die Professoren solche sind, haben sie natürlich Kenntnis davon, daß zum politökonomischen Ansatz auch marxistische Ansätze gehören. Wie wird die Änderung begründet?

Zum einen durch den immensen Einfluß des Marxismus am Fachbereich (F (nämlich von 54 Hochschullehrern lehrt einer Pol.Ök. mit marxistisch Ausrichtung), zum anderen dadurch, daß nicht nur Marxisten als Bewerber auf diese Stelle zugelassen werden sollen,.. Und schließlich stellt diese Änderung in den Augen der FBR-Mehrheit keine inhaltlich dar, denn: Marxisten können sich ja auch bewerben (wir werden sehen, was das zur Folge hat.) Doch der Text erfährt am

6. August 1975 eine dritte Revision. War im ursprünglichen Text noch davon die Rede, daß Voraussetzung für eine demokratische Studienreform die

Institutionalisierung der marxistischen Pol. Ökonomie sei, so wird diese Bedingung hier halb zurückgenommen. Die inhaltliche Begründung des ersten Textes für dieses postulierte Essential entfällt. Hieß es dort, daß der Marxismus sowohl einen wichtigen Beitrag liefern könne zur Überwindung der "Enthistorisierung" und "Entgesellschaftung" der Wirtschaftswissenschaften, als auch zum geforderten Methodenpluralismus, so macht sich jetzt Leere breit. Die zweite Änderung betrifft die Forderung nach zusätzlichen Hochschullehrerstellen für das Fachgebiet "Pol.Ök.". Um dieser entgegenzutreten bzw. in ihr Gegenteil zu verkehren, entfällt auch an dieser Stelle die inhaltliche Begründung. Statt dessen ergeht sich der FBR in Selbstbeweihräucherung: "Mit der Besetzung einer Hochschullehrerstelle für Politische Ökonomie des Spätkapitalismus .... hat der FB 10 einen ersten Schritt zur Studienreform geleistet. Um aber den politökonomischen Ansatz in dem erforderlichen Umfange auszubauen, ist es dringend erforderlich, sofort weitere Hochschullehrerstellen bereitzustellen, um auch diese und andere Schwerpunktbereiche einer wissenschaftlichen Bearbeitung zugänglich zu machen."

Abgesehen von der unerbittlichen Logik des letzten Satzes, die wohl auf den Zeitdruck schließen läßt, unter dem diese Änderungen gefaßt wurden, (vgl. die Chronologie), werden die Angehörigen des FB 10 wissen, was sie von dieser Textpassage zu halten haben: Die Studienreform wurde, soweit sie eine demokratische war, nicht vom FB sondern von dessen demokratischen Kräften gegen den erbitterten Widerstand der Ordinarien durchgesetzt. Die erwähnte Schaffung einer HL-Stelle für Pol.-Ök. war auf der personellen Ebene nicht nur der erwähnte, sondern auch der letzte Schritt. Sow wird also aus der Forderung, weitere HL-Stellen für das Fachgebiet Pol.Ök. zu schaffen, die generelle nach weiteren Stellen für sämtliche Schwerpunktbereiche sein/

Ein erster Grauschleier legt sich also auch über den Begründungstext. Die anfängliche Intention kann aber noch nicht verdeckt werden: Weiterhin ist die Rede von marxistischen Lehrinhalten als der Voraussetzung für eine demokratische Studienreform, weiterhin wird von den Bewerbern verlangt, daß sie einen Beitrag leistensollen zur Analyse und Gestaltung der sozioökonomischen Realität. Aus dem Text ist auch weiterhin ersichtlich, daß der Bewerber sich mit marxistischer Pol.Ök. beschäftigen soll. Lassen wir die vorgenommenen Änderungen einmal außer Acht, so könnte immer noch gesagt werden: So weit, so gut! -

der Versuch des Rechtskartells ist gescheitert, die Intention des ursprünglichen Textes bleibt erhalten. Doch ein zweiter Angriff ist

in Vorbereitung. Die WE IV wurde beauftragt, den Begründungstext um einen zweiten Teil zu erweitern.

In ihm heißt es, daß die marxistische Pol.Ök. am FB 10, "gemessen am internationalen Standard und der Bedeutung dieses Ansatzes in den Wirtschaftswissenschaften, unterrepräsentiert (ist)". Von dem zu berufenden HL wird verlangt, daß er "die kritische Analyse des Ablaufs und der Funktionsweise kapitalistischer Wirtschaftssysteme beherrschen (muß.). Insbesondere sollte er die Pol.Ök. als offene Theoretische Konzeption begreifen, "die das Methodenverständnis und das Erkenntnisinteresse der Pol.Ök. fruchtbar zur Realanalyse gegenwärtiger ökonomischer Phänomene macht."

Vergleichen wir den ersten mit dem zweiten Teil der Begründung. In dem ersten wurde die Stelle damit begründet, daß die Studienreform die Institutionalisierung der marxistischen Pol.Ök. verlangt. (s.o.) Im zweiten Teil ist die Rede von einem internationalen Standard, der - ganz allgemein - die Berufung eines Vertreters der Pol.Ök. nötig macht. Aber es ist (noch) die Rede vom Marxismus. Ursprünglich wurde die Notwendigkeit der Berufung eines Marxisten in der Beschränktheit der bürgerlichen Ökonomie gesehen. Nun ist keine Rede mehr davon. Dafür aber von einer deutlichen Unterrepräsentation der Pol.Ök. am FB 10.

#### Zwischenspiel:

Die Bewerber ahnen nichts von dem hier tobenden Kulissenkampf.

Um die in der "Zeit" am 1

10. Oktober 1975 ausgeschriebene Stelle bewerben sich am

13.10.1975 Robert Katzenstein

18.10.1975 Mario Cogoy

20.10.1975 Almar Wolfstetter

25.10.1975 Roland Götz

Der FBR ruht nicht; er modifiziert die modifizierte Begründung zum modifizierten Ausschreibungstext am

12. November 1975. (Der Leser beachte die Daten!)

Das Ergebnis ist keine Modifikation, sondern eine Mutation.

Der zweite Teil der Begründung lautet jetzt: "Die wirtschaftstheoretische Konzeption der Pol.Ök. wird am FB 10 in Forschung und Lehre durch Hochschullehrer mit marxistischer Ausrichtung vertreten. Sie ist daher gemessen am internationalen Standard und der Bedeutung dieses Ansatzes in den Wirtschaftswissenschaften unterrepräsentiert. Die Berufung eines Hochschullehrers für das Fachgebiet Pol.Ök., der in der Lage ist, schwergewichtig andere Ausrichtungen zu vertreten, sollte diese Lücke schließen helfen".

Die erste Begründung wird jetzt also so interpretiert, daß die marxistische Pol.Ök. gegenüber der bürgerlichen überrepräsentiert sei. Erst wurde aus einem Hochschullehrer viele, nun bewirkt das Treiben dieser Gespenster in den Köpfen der Professoren, daß sie die Wirklichkeit am FB 10 vollends mit einer Fata Morgana verwechseln. "Ein Gespenst geht um....".

Um diesem Spuk ein Ende zu machen, soll der Bewerber " in der Lage sein, eigene Vorstellungen (...) zu entwickeln, die den vorliegenden Studienplan (s.o.) des Schwerpunktes Pol.Ök. erweitern und ergänzen. Das bedeutet, daß er fundierte Kenntnisse des gegenwärtigen Standes der verschiedenen Konzeptionen der Wirtschaftstheorie, wie er realisiert ist, in den verschiedenen Ansätzen der Pol.Ök. und der Wirtschaftstheorie, besitzen muß. Der Vertreter des Fachgebietes sollte die Pol.Ök. als offene theoretische Konzeption begreifen, die das Methodenverständnis und das Erkenntnisinteresse der Pol.Ök. fruchtbar macht zur Realanalyse gegenwärtiger ökonomischer Phänomene".

Resümieren wir: Aus weiß ist schwarz geworden. Aus einem Hochschullehrer wurden viele, aus der Unterrepräsentation der marxistischen Pol.Ök. wurde die der bürgerlichen. Zwei mal zwei sind jetzt 5. Doch wichtiger an dieser Stelle ist es, auf den Zeitpunkt der Änderungen zu achten. Sie erfolgen nicht nur nach Ausschreibung der Stelle, was für sich genommen schon ein fragwürdiges Vorgehen darstellte. Sie werden erst dann vorgenommen, als dem FBR schon sämtliche Bewerbungen vorliegen. Die Schlußfolgerungen aus solchen Praktiken sei jedem selbst überlassen. Sie erinnern in erschreckender Weise an solche Gesetzgebungspraxis, die nur das eine Ziel hat: Nachträgliche Legitimation. Wird eine solche Verfahrensweise allgemein, so werden der Willkür Tür und Tor geöffnet. Statt der Sicherung eines ordnungsgemäßen Verfahrens setzt der FBR alles dran, ein solches zu verhindern. Die Frage nach seinen Beweggründen beantwortet der 2. Akt des Dramas.



Die Berufungskommission konstituiert sich am

27.11. 1975. Sie beschließt, nicht unter Zeitdruck zu arbeiten. Am

5. 2. 1976 lehnt es die Berufungskommission mehrheitlich ab; die Bewerber Blankenforth, Immler, Schui, Hannen, Guggenberger und Dopfer zu einem Vorstellungsgespräch bzw. -vortrag einzuladen. Bei Stimmgleichheit wird es auch abgelehnt, Robert Katzenstein einzuladen. Begründet wird dies durch seine mangelnde Qualifikation (vgl. hierzu Teil II, Anhang. In einem Schreiben an den Fachbereichsratsvorsitzenden vom

16. 2. 1976 nimmt R. Katzenstein zu dieser Begründung Stellung. Er stellt fest, daß ihm bislang von keiner Seite, auch nicht von der seiner Kritiker, seine Qualifikation bestritten wurde. Die Entscheidung der Berufungskommission hieße, "daß alle anderen in dem Berufungsverfahren zu einem Hearing geladenen Kollegen besser sein müssen als ich, also höher qualifiziert. Wenn das der Fall ist, dann würde ich mich dem Votum der Berufungskommission mit Freude beugen. Wenn diese Überlegung tatsächlich zu der Entscheidung der Berufungskommission geführt hat, dann bitte ich darum, mir das schriftlich zu bestätigen."

Eingehend auf seine Schwerstbeschädigung macht Katzenstein geltend, daß in seinem Falle die gesetzlichen Bestimmungen zur Rehabilitation Behinderter einzuhalten seien, aus dem bisherigen Verfahren aber der Eindruck zu gewinnen sei, daß wesentliche Regelungen unterlaufen werden sollen. Katzenstein fordert daher eine eingehende Begründung des Vorgehens der Berufungskommission und die Einholung von neutralen Drittgutachten. Die Berufungskommission läßt sich Zeit (siehe ihren obigen Beschluß). Auf ein zweites Schreiben erwidert der Fachbereichsratsvorsitzende am

19. März 1976, daß er Katzensteins Ersuchen nicht entsprechen könne, denn :

"Beratung und Abstimmung im Berufungsausschuß sind nicht öffentlich und vertraulich, so daß ich nicht verstehe, worauf Ihre Informationen beruhen. Allein dem FBR hat der Ausschuß einen begründeten Besetzungsvorschlag vorzulegen."

Was wollen Sie eigentlich, Herr Katzenstein? Doch den Souveränen des Fachbereiches schwant etwas, ihnen scheint bei ihrem Vorgehen nicht ganz wohl in der Haut zu sein. Daher holt der Vorsitzende der Berufungskommission am

15. März 1976 eine Rechtsauskunft ein. Er bittet um die Klärung folgender Punkte:

a) Inwiefern sind Sitzungen der Berufungskommission vertraulich zu behandeln?

b) Ist der Gesamtvertrauensmann der Schwerbeschädigten grundsätzlich zuständig für Einstellungen von Schwerbehinderten "also auch (man höre!!) bei Bewerbungen um AH 4 bis AH 6 Stellen"?

c) Inwieweit ist die Berufungskommission verpflichtet, den Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten im konkreten Falle heranzuziehen?

Die Rechtsabteilung der Freien Universität antwortet am

8. April 1976, also nach dem so eindeutig gehaltenen Brief des Fachbereichsrats

vorsitzenden an R.K. . Nach Auskunft der Rechtsabteilung sind

- ad a) Berufsangelegenheiten vertraulich zu behandeln. (offen bleibt allerdings die Frage, wer in wen Vertrauen setzen soll).
- ad b) erstrecken sich die Belange des Gesamtvertrauensmannes auch auf die Gruppe der Hochschullehrer (sollte der FBR-Vorsitzende bis dahin geglaubt haben, die betreffenden Verfassungsartikel bzw. Bestimmungen des Schwerbehindertengesetzes gälten für die durchlauchtigsten Angehörigen seiner Berufsgruppe nicht ? Welches Demokratieverständnis liegt hier vor!)
- ad c) der Vertrauensmann darf Bewerbern nicht über Sachverhalte aus der Berufungskommission berichten (wessen Vertrauensmann soll der Vertrauensmann eigentlich sein? der der Behinderten oder der der Berufungskommission?)

ad d) die Berufungskommission hat den Vertrauensmann hinzuzuziehen.

Im übrigen weist die Rechtsabteilung daraufhin, "daß die Berufungskommission bei ihren Beratungen über die Bewerbung von Dr. Katzenstein offensichtlich (!!!) dessen Schwerbeschädigung nicht hinreichend gewürdigt hat. Ich muß Sie daher unter Hinweis auf § 8 Abs. 2 UniG bitten, erneut zu beraten, ob Herr Dr. K. zu einem Vortrag einzuladen ist."

Halten wir fest: Erst nach zwei Schreiben des Bewerbers, erst nach Intervention des Gesamtvertrauensmanns der Schwerbeschädigten, erst nach massiven Protests der interessierten Öffentlichkeit, erst nach der eindeutigen Feststellung der Rechtsabteilung sahen sich die Professoren gezwungen, den "Fall K.", zu dem inzwischen diese Berufsangelegenheit geworden ist, erneut auf die Tagesordnung der Berufungskommission zu setzen. In deren Sitzung am

23. April 1976 erfährt nicht nur der vormalige Beschluß dieses Gremiums seine Aufhebung, sondern auch die Begründung für den nun ~~gelassenen~~

Beschluß wird modifiziert. Ursprünglich lautete die Argumentation der "Berufenen", Katzenstein sei nicht qualifiziert, als er nur den - gemessen am internationalen Standard - bedeutendsten Ansatz der marxistischen Pol. Ök. nicht aber die verschiedenen Neomarxistischen Ansätze beherrsche. Jetzt wird diese Behauptung stillschweigend fallengelassen. Dafür wird jetzt von "Falschqualifikation" gesprochen. D.h., Katzenstein ist zwar qualifiziert, nur eben falsch, er hat gewissermaßen das Thema verfehlt. Wie im ersten Akt dieses Dramas versucht wurde, die ursprünglichen Texte in ihr Gegenteil zu verkehren, so tritt auch hier die Modifikation auf die Bühne. Nachdem der Vorwurf der Nicht-Qualifikation dazu geführt hat, daß Robert Katzenstein den Nachweis dieser Unterstellung und die Erstellung von Drittgutachten forderte, sehen die "Berufer" ihre Felle davonschwimmen. Behauptungen aufzustellen ist nicht schwer, sie zu beweisen, dagegen sehr. Also: Schweres Mißverständnis, die Qualifikation Katzensteins ist nie bestritten worden, nur leider ist er falsch-qualifiziert. Wir werden sehen, wie der Nachweis dieser Behauptung geführt wird.

23. April 1976 wird das Präsidialamt davon in Kenntnis gesetzt, daß Katzenstein nunmehr zu einem Hearing eingeladen wird. Statt des Eingeständnisses daß sich die Berufungskommission bis dahin insofern ungesetzlich verhalten hatte, als sie gesetzliche Bestimmungen nicht einhielt, heißt es in dem Schreiben dreist: "Ich (weshalb bedient sich der Vorsitzende der Berufungskommission noch nicht des pluralis majestatis: "Wir"?) gehe davon aus, daß damit (mit der Einladung Katzensteins) die Berufungskommission bei der Behandlung dieses Bewerbers die Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes hinreichend gewürdigt hat."

Was hier zum Ausdruck kommt, ist wiederum dies besondere professorale Demokratieverständnis. Die Einhaltung und Beachtung gesetzlicher Vorschriften ist doch schlechterdings ein einmaliger Akt. Einmal ist man ja bereit, Gesetze zu würdigen, dann aber will man sich durch derartige Bestimmungen in seinem Vorgehen nicht weiter stören lassen. Gesetz und Ordnung verkehren sich in ihr Gegenteil. Mit Datum vom

26. April 1976 werden folgende Bewerber zu einem Vortrag eingeladen:

Katzenstein, Wolfstetter, Cogoy, Götz. Katzenstein hält seinen Vortrag am 30.6. 1976. An der anschließenden Aussprache nehmen die Professoren Jung und Jäger teil, letzterer zeitweise, die Herren Riese und Klinkmüller glänzen durch Abwesenheit. Dies zeigt ihr brennendes Interesse, ihre

These der "Falsch-Qualifikation" Katzensteins durch ihn bestätigt zu finden. So wird der Nachweis dieser Behauptung geführt! Fürchteten sie etwa Katzensteins "falsche Qualifikation", wollten sie ihre eigene nicht in Frage gestellt sehen? Wie dem auch sei, sie habensich damit disqualifiziert, denn am

2. Juli 1976 und am

6. Dezember 1976 finden weitere Sitzungen der Berufungskommission statt, in denen über die Aufstellung der Liste beraten wird. Das Ergebnis: Katzenstein befindet sich nicht unter den drei Listenkandidaten. Die Begründung hierfür ist wiederum eine modifizierte. Ursprünglich wurde Katzensteins Qualifikation bestritten. Aufgefordert, hierfür den Beweis anzutreten, trat die Behauptung der "Falschqualifikation" auf den Plan. Auch diese These wurde unhaltbar, als K. aufwies, daß er sich sehr wohl mit bürgerlichen, als auch mit verschiedenen marxistischen Ansätzen beschäftigt hatte. (vgl. Teil II, Anhang). Hinzutritt jetzt die Argumentation aus "wissenschaftspolitischer Sicht". D.h. aber nun nicht etwa, daß mit der wissenschaftspolitischen Notwendigkeit, endlich auch am FB 10 mit dem alltäglich geforderten und allseitig behaupteten Wissenschaftspluralismus ernst gemacht werden soll, sondern hinter dieser Argumentation verbirgt sich nichts anderes als professoraler Opportunismus. Mit Wissenschaftspolitik ist nämlich nicht eine der Wissenschaft adäquate gemeint, sondern die des Senators für Wissenschaft und Kunst. Was von dieser zu halten ist, haben die Hochschulangehörigen erst unlängst wiederum erfahren (müssen). Daß nur dieses das Tageslicht scheuende, bornierte wissenschaftsfeindliche Verhalten und nicht "Sachargumente" das treibende Motiv der Professoren ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß von ihnen wiederum die Einholung von neutralen Drittgutachten abgelehnt wird. Zum gesamten Vorgang nimmt Katzenstein mit Schreiben vom

11. Januar 1977 nochmals Stellung. Er betont,

- a) daß seine Bewerbung sich auf den Ausschreibungstext und beide Teile der Begründung stützt
- b) daß seine Qualifikation durch umfangreiche Veröffentlichungen, seine Habilitation und durch Gutachten belegt werden (vgl. Anh.)
- c) daß von seiner Seite aus neutrale Gutachten gefordert wurden um die Behauptung seiner vorgeblichen "Falsch-Qualifikation" auszuräumen bzw. bestätigt zu finden; dies aber von der Berufungskommission abgelehnt wurde

d) daß er seit geraumer Zeit über das Gebiet der Pol.Ök. Vorlesungen halte, die gerade das im ersten Teil des Begründungstextes umrissene Gebiet der Wirtschaftstheorie umfassen;

e) daß gerade von ihm ein theoretischer Ansatz der pol.Ökonomie vertreten wird, der sowohl in der internationalen, als auch in der Diskussion in der BRD und Westberlin zunehmend an Gewicht gewinnt, nicht zuletzt durch seine Schriften. Dieser Ansatz aber bislang am FB 10 nicht vertreten sei;

f) daß ihm nicht nachgewiesen werden konnte, den generellen Qualifikationsanforderungen nicht gerecht zu werden. Diese Nachweis wohl auch schwerlich zu erbringen sei, als in seinen Schriften gerade die geforderte Fruchtbarmachung der Theorie für eine Realanalyse zum Ausdruck komme;

g) daß die Berufungskommission auch der ihr auferlegten Verpflichtung, Schwerbeschädigten eine besondere Fürsorgepflicht entgegenzubringen, nicht nachgekommen ist.

~~Am~~ h) daß er nicht nur formell den Anforderungen genüge, eine Lehrtätigkeit an der Hochschule auszuüben (Habilitation), sondern diese auch praktisch als Arbeitsleiter an der "Akademie der Wissenschaften" zu Berlin/DDR unter Beweis gestellt habe.

Am

22. Dezember 1976 legte der Gesamtvertrauensmann der Schwerbeschädigten gegen die am 6. Dez. 1976 erstellte Vorschlagsliste der Berufungskommission des FB 10 Widerspruch ein; er begründet dies mit dem oben geschilderten Vorgehen der Berufungskommission. Gleichzeitig wird von ihm "die Einholung eines oder mehrerer neutraler Gutachten (gefordert)", sowie "alle Listenkandidaten mit gleichem Maß zu messen".

Der dritte Akt kann beginnen, sorgen wir dafür, daß der Vorhang für die richtigen Personen fällt.

Mancher Leser wird sich an dieser Stelle sicherlich fragen, weshalb die Daten und Fakten dieser Berufungsangelegenheit mit solcher Ausführlichkeit dargestellt wurden. Sollte hiermit lediglich der Umfang der Broschüre erweitert werden? Wäre es zur Information der Öffentlichkeit nicht ausreichend, das (vorläufige) Resultat anzugeben?

Eine Funktion der Broschüre ist selbstverständlich, Informationen über den Verlauf der Berufungsangelegenheit zu verbreiten. Doch wesentlich ist an dieser Stelle weniger die Person Katzenstein, als die Geschehnisse, die sich - leider - mit seiner Person verbinden, ist der "Fall". Die Begründung für die so ausführliche Nachzeichnung liegt also an dem Exemplarischen, das hier seinen Ausdruck findet. Um dies zu verdeutlichen, wollen wir nochmals die Fakten Revue passieren lassen: Der Ausschreibungstext und seine Begründung verlangen als Bewerber für diese Stelle einen Marxisten. Nach und nach ändern sich die Qualifikationsanforderungen (sie ändern sich selbstverständlich nicht selbst, sie werden verändert), bis sie derart verwaschen und vage sind, daß von Professorensseite (?) argumentiert werden kann, die Stelle sei für einen Nicht-Marxisten ausgeschrieben worden. Es kann von ihrer Seite aber nicht verhindert werden, daß sich auch ein Marxist bewirbt. Ein erster Anlauf, diesem Bewerber von vornherein nicht über die geheiligten Schwellen des FB 10 zu lassen, scheitert. Katzenstein muß zum Hearing eingeladen werden. Neue Finten werden gesucht und gefunden: Von "Falsch-Qualifikation" ist die Rede; erst als sich auch diese Argumentation als nicht tragfähig erweist, beginnt der Kampf mit offenem Visier. Statt hohler Phrasen kommen nun handfeste Interessensins Spiel. Diese gilt es nun zu untersuchen.

Nach Verabschiedung der "Gemeinsamen Erklärung" zur Beschäftigung "Radikaler" im öffentlichen Dienst - gemeinsame, weil ihr auch W.Brandt als damaliger Bundeskanzler zustimmte - befürchtete Herbert Wehner, die hiermit sanktionierten Berufsverbote könnten in der BRD und für die SPD zu einem "Dauerbrenner" werden. Sie sind es geworden.

Nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch und gerade die, bei denen mit diesen Willkürakten Angst und Duckmäusertum erzeugt werden soll, wehren sich massiv. Kein Land in Europa - außer Spanien, versteht sich - in dem sich nicht Unbehagen über die radikale Innenpolitik der BRD und Westberlin breit macht.

Überall in der Öffentlichkeit wird die Politik der Hexenjagd, die ihresgleichen nur im Mittelalter bzw. in den USA eines Mc Carthy findet, gebrandmarkt. So ist die Demokratenhatz hierzulande zwar noch möglich, gehört aber schon nicht mehr zu den Praktiken, die im In- und Ausland unbesehenhingenommen werden. Also wird es für die Herrschenden nötig, sich eine Legitimationsbasis zu schaffen. Dies geschieht z.B. so, daß das GG, die Verfassung von Westberlin in "Freiheitlich-demokratische Grundordnung" umgebogen wird. Das Resultat dieses Drahtseilaktes rechtsstaatlicher Interpretationskunst war aber nicht, daß das durch verfassungswidrige Verfahren entfachte Feuer gelöscht wurde, sondern es bekam neue Nahrung. Die Diskussion und Auseinandersetzung mit der Berufsverbotspolitik gewann eine neue Dimension: Sie wurde zu einer grundsätzlichen über die Differenz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Das Resultat war nicht "Befriedung", sondern die Erkenntnis: Die Verfassungsfeinde sind nicht unter uns, sie stehen über uns!

An dieser Stelle begann von seiten der vorgeblichen Verfassungsschützer die Suche nach neuen Formen. Wie der "heiße Krieg" in der Außenpolitik durch den "kalten" ersetzt wurde, so soll in der Innenpolitik das "heiße" - sprich: das direkt als solches erkennbare - durch das "kalte" - das indirekte, nunmehr schwer auszumachende-Berufsverbote ersetzt werden. Eine dieser neuen Formen ist z.B. die auch in Westberlin sattsam bekannte Praxis, Lehramtskandidaten die Übernahme in den Öffentlichen Dienst nicht mit der Begründung zu verweigern, sie böten nicht die Gewähr, "jederzeit voll einzutreten für die freiheitliche.... usw.", sondern ihre Ablehnung wird jetzt damit begründet daß keine freien Planstellen zur Verfügung stünden. Wer wird hier noch von Berufsverboten sprechen? Wer ist schon in die Lage gesetzt, den Nachweis für diese "Behauptung" anzutreten? Der Effekt dieser modernen Form ist deutlich: Wo sich nicht beworben werden kann, da kann es auch keine Ablehnung von Bewerbern geben; wo es keine Ablehnung von Bewerbern gibt, da gibt es keine Berufsverbote.

Eine andere Form stellt im universitären Bereich die Berufungspolitik dar. Gelangt ein Bewerber auf einen aussichtsreichen Platz auf der Berufungsliste, dieser Wissenschaftler aber bei den Verfassungsverbrechern den Anschein erweckt, er nähme die Verfassung ernst so läßt sich die Berufung dieses Bewerbers nur mit einer expliziten

politischen Begründung verhindern. Um diese zu umgehen, wird manches Mal das formelle Verfahren, das zur Erstellung der Berufungsliste geführt hat, angezweifelt. Diese Form bildet gewissermaßen das Mittelglied zur "modernen", die so aussieht: Dem Bewerber wird seine Qualifikation bestritten. Wer keine Qualifikation vorzuweisen hat, dem steht auch keine Stelle im Wissenschaftsbetrieb zu. Entwicklung von Lehre und Forschung kann doch schlechterdings von Dilettanten betrieben werden. Der Fall regelt sich selbst: Wo kein Kläger, da kein Richter; wo einer nicht auf der Berufungsliste erscheint, da kann es auch kein Berufsverbot geben. Daß vorwiegend demokratische Wissenschaftlicher nicht berufen werden, liegt also nicht daran, daß diese "zu sehr Demokrat", sondern ist vielmehr darin begründet, daß sie "zu wenig Wissenschaftler" sind. (vgl. dazu Teil IV)

Die nicht zu unterschätzende Folge dieser modernen Form des Berufsverbots ist folgende: Die eigentlichen Verbieter geraten all zu leicht außer Sichtweite. So im Beispiel der Lehramtskandidaten; der Senat und seine Hintermänner sind nicht mehr geradewegs als Urheber dieser demokratiefeindlichen Politik auszumachen. Als Urheber erscheint jetzt ein Planstellenverwalter in irgendeiner Behörde. So im Beispiel der Berufungspolitik; Ursache des Berufsverbots scheint nicht mehr der Verfassungsbruch der Regierenden zu sein, sondern die Interessen eines Klüngels von bornierten Fachvertretern. Doch in beiden Fällen dürfen die Handlanger nicht mit jenen verwechselt werden, denen sie die Schmutzarbeit abnehmen. Wenn auch die hierzulande geübte Professoren-Tradition, jeden Eid zu schwören - den des wilhelminischen Reiches, den der Weimarer Republik, den der Faschisten, den auf das GG - die jeweils regierungskonforme Meinung zu haben, Freiheit von Lehre und Forschung derart zu interpretieren, als dürften nur Abkömmlinge ihrer eigenen provinziellen Herkunft Mitglieder der Professoren-Kaste werden, wenn alle diese Eigenschaften vieler "Fachvertreter" noch so widerlich sind, um wieviel widerlicher muß das System sein, in dem solche Sumpflüthen gedeihen. Wenn also Professoren dazu übergehen, den Herrschenden nicht nur als "Kopflanger" zu dienen, sondern auch zu deren Handlangern werden, dann muß ihnen selbstverständlich auf die Finger geschlagen werden. Wichtiger aber ist es, dafür zu sorgen, daß solche Handlangerdienste unmöglich werden.



Der Leser ahnt sicherlich schon einen Zusammenhang zwischen diesen Ausführungen und dem 1. Teil dieses Abschnitts. Fragen wir uns: Wird Robert Katzenstein vorgeworfen, er sei Marxist? Wird ihm vorgeworfen, er gefährde die Freiheit der Wissenschaft? Lautet der Vorwurf, er biete nicht Gewähr, jederzeit voll einzutreten für die freiheitliche ... usw?

Nichts von alledem; die Berufungskommission konstatiert zunächst einmal - nach eingehender Prüfung, s.o. - die "Nicht-Qualifikation" von R. Katzenstein. Nach noch eingehenderer Prüfung gelangt sie zu dem Ergebnis, Katzenstein sei zwar hochqualifiziert - aber leider falsch als er zwar den - gemessen am internationalen Standard - bedeutensten Ansatz der marxistischen Pol.Ök. vertritt, nicht aber die verschiedenen neo-marxistischen Ansätze. Doch auch dieses "Sachargument" schlägt auf die Berufungskommission zurück! Neuerliche Gutachten, Beschwerde des Gesamtvertrauensmannes der Schwerbeschädigten, Publizierung der Vorgänge macht eine weitere Beschäftigung mit dem "Fall" nötig. R. Katzenstein muß zum Hearing eingeladen werden. Seit dem ist von Qualifikation nicht mehr die Rede. Doch anstatt zuzugestehen, daß die bisherigen 'Argumente' (stichhaltige Entgegnungen, Beweise) keine waren, anstatt einzugestehen, daß Robert Katzenstein sich sowohl in den verschiedenen neomarxistischen Ansätzen auskennt, als auch über fundierte (wenn auch nicht kritiklose) Kenntnisse der bürgerlichen Ökonomie verfügt, soll jetzt ein Riese schaffen, was für Zwerge nicht zu bewältigen war. Also tritt ein entsprechendes Argument auf den Plan, die Wissenschaftspolitik (wie oben bemerkt ist damit nicht eine wissenschaftliche Politik oder einer der Wissenschaft adäquate gemeint, sondern die des Wissenschaftssenators!)

Forderte Riese eingangs noch die Institutionalisierung marxistischer Lehrinhalte, so zeigt sich jetzt, daß, - wenn nicht er selbst - so jedoch seine Meinung Modifikationen oder auch Mutationen jederzeit zugänglich ist. Nun passen marxistische Lehrinhalte und damit Robert Katzenstein nicht mehr in die wissenschaftspolitische Landschaft, also kommt Katzenstein auch nicht auf die Liste; wo kein Kläger, da kein Richter; wo einer nicht auf der Berufungsliste erscheint, da gibt es auch kein Berufsverbot.

Doch die Zeiten des Feudalismus sind - auch an der Universität - seit längerem vorbei. Die betuliche Vertraulichkeit der Berufungskommission wird gestört, das Schweigen wird gebrochen, Kläger stellen sich ein. Die Studenten haben das hier betriebene Berufsverbot erkannt sie machen die Setzung Robert Katzensteins auf einen Listenplatz zu einer ihrer Streikforderungen. Der Senat hat wieder einmal die Rechnung ohne die demokratische Öffentlichkeit gemacht. Der Versuch, den "Fall" sich selbst regeln zu lassen, ist gescheitert, zukünftig muß das Kind beim Namen genannt werden: Hier soll gegen einen hochqualifizierten demokratischen Wissenschaftlicher ein Berufsverbot verhängt werden. Die Beweggründe hierfür nennt Robert Katzenstein, wenn er an den Fachbereichsrat des FB 10 schreibt: "Die gesamte Behandlung meiner Bewerbung, von dem anfänglichen Ausschlusse vom Hearing überhaupt bis zur Mißachtung der hier (s.o.) angeführten Fakten bei der Auswahl der Bewerber, scheint anzudeuten, daß es in der Berufungskommission nicht darum ging, daß der Bewerber Katzenstein in der falschen Richtung qualifiziert ist, sondern darum, daß man bestrebt war, den Marxismus überhaupt aus Forschung und Lehre herauszunehmen. Ein anderer Schluß läßt sich nicht ziehen...(sh.T.IV)

Diese Erkenntnis bleibt aber solange wirkungslos, wie sie nicht zu praktischen Schritten führt. Die drohenden Berufsverbote gegen Jutta Hoffeld-Guber und Gaby Minz am FB 10 (vgl. hierzu ADSÖK Dokumentation) waren nicht nur leichter als solche auszumachen, ihnen war auch eher entgegenzutreten, da beide auf dem 1. Platz der jeweiligen Liste standen. Beide konnten daher sowohl die politische als auch die juristische Ebene der Auseinandersetzung nutzen. Im "Fall K" ist dies schwieriger, nicht zuletzt deshalb, wird diese Form des Berufsverbots auch in zunehmendem Maße - und dies gerade von SPD geführten Landesregierungen bzw. Senat -en - praktiziert. Ein einklagbares Recht auf einen Listenplatz besteht nicht, die Berufsliste wird nach Ermessen der zuständigen Gremien erstellt. Abgesehen von dem konkreten Fall, in dem Katzenstein wohl zum ersten Mal seine Schwerstbeschädigung zugute kommen könnte, heißt dies, daß den betroffenen die formelle Ebene des Kampfes, die rechtliche, im Kampf gegen Berufsverbote vorgeben zu können, genommen wird. Die moderne Form des Berufsverbots macht den Betroffenen rechtlos. Damit gewinnt die Berufsverbotspolitik eine neue Dimension. Es zeigt sich, wie diese demokratiefeindliche Politik immer stärker um sich greift, immer breiteren Raum einnimmt. Neben der Installierung eines riesigen Über-

wachungsapparates entstehen mit der Verlagerung der Berufsverbots- politik auf niedrigere Ebenen, wie z.B. die der Universitätsgremien, Mechanismen, die auf die "Selbstreinigung" des Öffentlichen Dienstes von "Radikalen" zielen. Analog zu den Wirkungen der "Selbstzensur" in den Massenmedien soll über die Berufungspolitik an den Universi- täten eine Vorzensur der Lehrinhalte vorgenommen werden.

Um dieser Tabuisierung entgegenzuwirken, die bezweckt, alle, die von Berufsverböten sprechen, mit Berufsverböten zu strafen, muß die Schwe gemauer, die um solche Vorgehen gezogen werden soll, durchbrochen wer den. Wo die Vertraulichkeit von Universitätsgremien, die zum Schutze der einzelnen Persönlichkeiten vorgesehen ist, nicht aber zum Schutz der Gremienmitglieder, wo diese "Vertraulichkeit" dazu mißbraucht wir sich an der Politik der Berufsverböte zu beteiligen, da ist nicht läng länger Vertrauen, sondern Mißtrauen in solche Gremien zu setzen. Spätestens dann ist der Zeitpunkt gekommen, diesen Kommissionen eine Lektion in Sachen Demokratie zu erteilen. Das manche - wenn auch widerwillig - durchaus lernfähig sind, zeigt die Tatsache, daß R.Katzenstein zum Hearing eingeladen werden mußte. Sicherlich ein kleiner, aber erster Erfolg. Er zeigt auch, wie weitere, größere zu erreichen sind/ Nur durch gemeinsames Einsetzen aller Betroffenen für ihre gemeinsamen Forderungen.

### III

#### WIE STEHT ES UM DEN WISSENSCHAFTSPLURALISMUS AM FACHBEREICH WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN ?

Die bisherigen Abschnitte haben gezeigt: Mit Robert Katzenstein steht dem Fachbereich ein hochqualifizierter Bewerber zur Verfügung, der den Anforderungen der ausgeschriebenen Stelle voll genügt. Die Gründe, die dazu führten, Katzenstein nicht auf die Liste zu setzen, sind nicht in sachlichen, sondern in "wissenschaftspolitischen Bedenken" zu suchen. Wissenschaftspolitik basiert nach gängigem Verständnis auf zwei wesentlichen Grundsätzen: Dem der "Freiheit der Wissenschaft"; zum andern auf der Forderung nach Einhaltung und Erhalt des Wissenschaftspluralismus. In der konkreten Auseinandersetzung wird weniger der Vorwurf erhoben, Katzenstein gefährde die "Freiheit der Wissenschaft", sondern es wird so argumentiert: Die Sicherung der Ausgewogenheit des Lehrangebots am Fachbereich 10 verlange, daß ein Nicht-Marxist berufen werde - versteckter klausuliert: Katzenstein ist "falsch-qualifiziert" - da die Konzeption der Politischen Ökonomie am Fachbereich durch Hochschullehrer mit marxistischer Ausrichtung vertreten werde.

Es ist also die Einhaltung des Wissenschaftspluralismus, die es erforderlich macht, einen Nicht-Marxisten zu berufen. Wir wollen daher untersuchen, was es mit dem Wissenschaftspluralismus am FB 10 Der Freien Universität Berlin auf sich hat.

Schauen wir uns hierzu die Lehrenden und deren Lehrangebot für das WS 76/77 an: Das Vorlesungsverzeichnis führt 54 Hochschullehrer an. Da das Fachgebiet Politische Ökonomie in die Volkswirtschaftslehre einzuordnen ist, beschäftigen wir uns mit den 21 Professoren, die (ganz oder teilweise), diesen Bereich der Wirtschaftswissenschaften in Lehre und Forschung abdecken. Eine Lehrverpflichtung von 8 swh (Semesterwochenstunden) zugrunde gelegt, erhalten wir eine Stundenzahl, die sich auf 168 swh beläuft. Unterstellen wir, es sei am FB die Forderung nach Wissenschaftspluralis-

mus erfüllt; dann müßten sich diese Stunden gleichgewichtig auf bürgerliche und-marxistische Ansätze verteilen. Doch selbst nach intensiver Suche finden wir nur einen Hochschullehrer und einen Honorarprof., die Lehrinhalte mit marxistischer Ausrichtung vertreten.

So können wir an dieser Stelle als erstes Ergebnis festhalten:

152 Stunden bürgerlicher Theorie stehen 16 Stunden marxistischer Theorie gegenüber. Dies heißt Ausgewogenheit des Lehrangebots am FB 10,, wenn nur die quantitative Sicherung des Wissenschaftspluralismus am Fachbereich untersucht wird.

Untersuchen wir nun, ob und wie bei diesem quantitativen M<sub>1</sub>B-Verhältnis die qualitative Sicherung des Wissenschaftspluralismus ermöglicht wird.

Wir können an dieser Stelle keine ausreichende Charakterisierung der von den Hochschullehrern vertretenen Theorien geben; es ist hier hinreichend, eine Skizzierung des Theorieangebots vorzunehmen.

In der Wirtschaftstheorie ist jene mathematische Richtung dominierend, die Gerhard Aade durch den kurzen, aber desto treffenderen Satz charakterisierte: "Statt theoretischer Relevanz, formale Eleganz." Beschäftigung mit der Volkswirtschaft gerinnt zur Zahlenakrobatik. Mit dieser Charakterisierung soll nicht die Bedeutung der mathematischen Methoden in den Sozialwissenschaften im allgemeinen und den Wirtschaftswissenschaften im besonderen herabgewürdigt werden. R. K. ist bereites Beispiel dafür, wie fruchtbar auch die Beschäftigung mit der mathematischen Wirtschaftstheorie für die Reanalyse wirtschaftlicher Phänomene sein kann. In Frage gestellt wird hier nur die Art und Weise, wie Mathematiker zur Anwendung gelangt. Wohl durch diese Auffassung der Wirtschaftswissenschaften geprägt gelangte E. Schneider - ein auch bei den "Wirtschaftstheoretikern" des Fachbereiches geschätzter und anerkannter Fachvertreter - zur Feststellung: "Das eigentlich Wirtschaftliche ist nicht erkennbar!"

Die Vertreter der Finanzpolitik quälen sich hauptsächlich mit der Frage: welche Wirkung welche Steuern bei welchen Prozentsätzen auf welche Bevölkerungsschicht hat. Sicherlich ein nicht zu unterschätzendes Aufgabengebiet, vor allem, wenn daran gedacht wird, daß gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation die Umverteilung des "unternehmerischen Risikos" qua Steuern auf die übrige Bevölkerung eine relevante Rolle spielt.

Die praktischen Folgen der monetaristischen Theorie zeigensich auch hierzulande, seitdem die Bundesbank sich diese Theorie zu eigen gemacht hat: Steigende Inflation bei steigender Arbeitslosigkeit.

Betrachten wir die Gruppe der "Wirtschaftspolitiker": Dominant sind hier die verschiedensten Auslegungsarten des großen Steuermanns J.M. Keynes, jenes Theoretikers, der den Regierenden den praktischen Rat wies, doch Löcher graben zu lassen, um sie wider zuschütten zu können. Der Effekt einer solchen Wirtschaftspolitik sollte sich in steigenden Beschäftigungszahlen zeigen. Auch in Westberlin ist diese Theorie Praxis geworden, wenn man auch hier den Ratschlag Keynes' umkehrte: Man ging nicht in die Tiefe, sondern in die Höhe: Steglitzer Kreisel, Flughafen Tegel, Kongreßzentrum usw. sind praktischer Ausdruck keynesscher Theorie. Allerdings wartet der hiesige Senat auf die versprochenen Folgen bis heute vergeblich.

Was dem een sin Ul, is dem andern sin Nachtigall. Aus dem offensichtlichen Versagen des "Keynesschen Instrumentariums" zieht eine weitere Theorie Gewinn: Die Neoklassik. Diese hat mit den Vertretern der klassischen bürgerlichen Wirtschaftstheorie wie Smith und Ricardo ungefähr soviel zu tun, wie Ludwig van Beethoven mit Heino. Das Klassische dieser Theorie ist dann auch nicht der Erkenntnisgewinn, den diese Theorie erbringt, sondern der Versuch, Erkenntnis unmöglich zu machen.

Brechen wir an dieser Stelle die Kennzeichnung des am Fachbereich vertretenen Theorieangebots ab. Von den wichtigsten Richtungen der am FB betriebenen Volkswirtschaftslehre war die Rede, möge der Leser bei den restlichen selbst die Probe aufs Exempel machen. Wir haben versucht, jeweils auch die praktischen Konsequenzen der jeweiligen Theorie aufzuzeigen.

Ein zweites Ergebnis zeichnet sich ab. Fragen wir uns, ob und in welchem Umfang andere traditionelle Ansätze zum tragen kommen. Die Wirtschaftstheorie scheint nur solche Konzeptionen zu kennen, die mit den allgemeinen Bedingungen einer jeglichen Volkswirtschaft beschäftigen, den knappen Ressourcen, dem Menschen, dem Kapital, das allerdings schon Robinson auf seiner Insel zur Verfügung stand. Dabei werden alle die Probleme ausgespart, mit denen sich die klassische bürgerliche Wirtschaftstheorie beschäftigte, so daß generell nur solche Ansätze vertreten sind, die auf der subjektiven Wert- und Preislehre beruhen. Politische

Ökonomie findet nicht statt, auch nicht in Form der Neuen Politische: Ökonomie, die den Versuch unternimmt, anknüpfend an die klassische bürgerliche heutige Phänomene zu erklären. Monopole und die durch sie hervorgerufenen Modifikationen des Wirtschaftsprozesses scheint es nicht zu geben, oder es wird jener Dorfkrämer, der mit seinen Talenten wuchert, zum eigentlichen Monopolisten erklärt.

Wie die Wirtschaftstheoretiker die Geschichte ihrer Theorie und damit die verschiedenen möglichen Ansätze auf den Zeitraum beschränken, der sowohl die klassische bürgerliche Wirtschaftstheorie als auch die modernen bürgerlichen Erklärungsversuche nicht umfaßt, innerhalb dieser Grenzen aber Theoretiker wie Walras, Pareto und Jevons pluralistisch zu Worte kommen lassen, als diese ein und dieselbe Theorie vertreten, so beschränken sich die Vertreter der Finanzpolitik von vornherein auf einen Theoretiker. (Musgrave). Pluralismus auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik heißt, neben Keynes auch noch seine verschiedenen Interpreten zuzulassen. Einen (neo-)liberals Ansatz hat es scheinbar nie gegeben, Planungskonzeptionen in ihren verschiedenen Ausprägungen werden nicht beachtet; es mag sein, sie erinnern zu sehr an Begriffe wie Investitionslenkung und Kontrolle.

Es ist deutlich: Wissenschaftspluralismus findet am FB 10 n selbst innerhalb des Theorieverständnisses der hier Lehrenden nur begrenzt statt. Auswahlkriterium für die anzutreffenden Ansätze scheint nicht so sehr ihre Relevanz, sondern vielmehr ihr zumindest einmaliges praktisches Versagen zu sein.

Wir haben bislang die Frage nach der Orientierung der vertretenen ( bzw. zu vertretenen) Theorien tunlichst vermieden. Auch die Konzeptionen, die den am FB anzutreffenden gegenübergestellt wurden, unterscheiden sich nicht von ersteren. Allen ist gemein, daß ihnen nicht nachgesagt werden kann, sie seien arbeitsorientiert (vgl. zu diesem Begriff: AOEWL(1) d.h., alle diese Ansätze vertreten mehr oder weniger ausschließlich kapitalorientierte Interessen: für das Steige der Preise sind immer die unangemessenen Lohnforderungen der Gewerkschaften verantwortlich, für die steigende Arbeitslosigkeit die schwierige Gewinnsituation der Unternehmer; daher muß weiter rationa

lisiert werden. Der Ausweg aus der Krise wird mal wieder im "Gürtelenger-schnallen" gesehen... So ist unser Ergebnis ein zwar trauriges, aber wahres: Die Rede vom Wissenschaftspluralismus entpuppt sich als leer.

Doch soll der Wissenschaftspluralismus am FB 10 nicht durch diese Einseitigkeit in Gefahr geraten, sondern durch die Berufung eines weiteren (?) Marxisten. Mit welcher quantitativen Ausdehnung wissenschaftstheoretischer Konzeptionen mit marxistischer Ausrichtung be-

trieben wird, haben wir gesehen: 152 swb bürgerlicher Theorie stehen 16 swb marxistischer Theorie gegenüber. Der einzige (ordentliche) Professor, der diesen Bereich abdeckt, wird weniger durch seine Publikationen bekannt sein, als vielmehr dadurch, daß er "Notgemeinschaft für eine freie Universität" als Splitter in ihren blinden Augen zu dienen die Unehre hat. Dieser Hochschullehrer ist seit Jahren den unverschämten, keine noch so infame Anschuldigung auslassenden Angriffen dieser Gemeinschaft der Nötigung ausgesetzt. (die so "frei" ist, z.B. diejenigen als Verfassungsfeinde zu denunzieren, die auf Listen demokratischer Hochschulorganisationen kandidierten). Da sich dieser Hochschullehrer nicht mit der Vernebelung, sondern der Aufhellung aktueller Phänomene beschäftigt, - z.B. mit der Analyse der Konzentrationsprozesse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, den multinationalen Konzernen, den Folgen staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf - besitzen seine Lehrveranstaltungen für die Studenten eine hohe Attraktivität. Doch ebenso wie es unmöglich ist, die verschiedenen bürgerlichen Ansätze in-einer-Brust pluralistisch zu vertreten, so wenig kann dies ein Hochschullehrer mit den verschiedenen marxistischen Ansätzen tun. So kommt am FB 10 besonders jener Ansatz zum Tragen, der sich in den Traditionen der (ehemals) revolutionären Sozialdemokratie begründet sieht.

(1) AOEwL: Arbeitsorientierte Einzelwirtschaftslehre in: Grundelemente einer Arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre; Bund Verlag, Köln, 1974



Neben den Lehrveranstaltungen dieses Hochschullehrers werden am FB 10 auch Vorlesungen über die marxistische politische Ökonomie angeboten, diese allerdings nicht von einem Marxist<sup>en</sup>, sondern von einem Marxeologen. Marxeologie ist jene Auffassung von Marxismus die im negativen Falle den merkwürdigen Versuch darstellt, Antikommunismus mit Marx-Zitaten zu betreiben, im positiven Falle wird die Marxeologie von solchen Vertretern "gelenkt", die unter Marxismus immerhin noch einen, wenn auch mit vielen Mängeln behafteten, Ansatz unter vielen möglichen Konzeptionen der Wirtschaftstheorie verstehen. Da wir es mit einem Vertreter der letztgenannten Richtung zu tun haben, ist er von uns zu den Marxisten am Fachbereich gezählt worden.

Dies sind also die Hochschullehrer, die am FB 10 in Lehre und Forschung Politische Ökonomie mit marxistischer Ausrichtung betreiben.

Es sind darüber hinaus aber auch die einzigen Vertreter marxistischer Lehrinhalte an diesem Fachbereich. Der Marxismus ist am FB 10 also sowohl quantitativ als auch qualitativ unterrepräsentiert. Nicht repräsentiert ist jener marxistische Ansatz, der, gemessen am internationalen Standard, der bedeutendste ist: Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK). Mit dieser Theorie ist damit ein Ansatz nicht vertreten, der sowohl in den sozialistischen Ländern als auch innerhalb der demokratischen und Arbeiterbewegung der relevanteste ist. Mit der Theorie des SMK ist eine Theorie nicht vertreten, auf die sich jeder andere marxistische Ansatz explizit oder implizit, positiv oder negativ, bezieht. Darüberhinaus finden sich am FB 10 nicht jene Ansätze, die als neo-marxistische bezeichnet werden, deren bekannteste Exponenten sich in der BRD und Westberlin unter den Mitarbeitern der Zeitschrift "Probleme des Klassenkampfes" (Prokla) und "Projekt Klassenanalyse" (PKA) befinden.

Doch Unkenntnis ist kein Argument. Ebenso wie die Wissenschaft ist auch der Wissenschaftspluralismus unteilbar. Es hat sich gezeigt, daß der geforderte Wissenschaftspluralismus selbst auf dem Gebiet der bürgerlichen Wirtschaftstheorie nicht existiert. Wie hier die

Forderung auf die sie stehenden Fachvertreter zurückschlägt und sich in die Forderung wandelt, die ganze bürgerliche Theorie in Forschung und Lehre zu installieren und sie auf ihrem modernsten Stand darzustellen, so wendet sich auch im verhandelten Falle die Forderung nach Einhaltung des Wissenschaftspluralismus gegen jene, die diese Forderung beschränkt sehen wollen auf das Fachgebiet Politische Ökonomie.

Unterstellen wir einmal denjenigen, die hier die Forderung nach Wissenschaftspolitik stellen, es sei ihnen ernst damit. Dann müßten sich diese Herren einsetzen für die Berufung von 17 bzw. 8 Marxisten, denn bislang ist die Pluralität der Wissenschaft am Fb 10 in keiner Weise gewährleistet. Soll die Gleichbehandlung der verschiedenen marxistischen Ansätze mit den bürgerlichen sicher gestellt werden, so müssen auch marxistische Lehrinhalte mit 152 swH vertreten sein, bisher aber werden nur 16 swH gelehrt, so daß noch 17 Hochschullehrer berufen werden müßten, die die verschiedenen marxistischen Ansätze in Forschung und Lehre vertreten. Sollte aber unterstellt sein es herrsche am FB schon der Wissenschaftspluralismus, so müßten sich die angebotenen Veranstaltungen gleichermaßen auf bürgerliche und marxistische Theorie verteilen, doch fehlen hierzu noch 68 swH an marxistischen Lehrinhalten. Um diese Lücke zu füllen, wäre die Berufung von 8 Marxisten notwendig. Doch wie gesagt, wir haben die Ernsthaftigkeit der Forderung nach Wissenschaftspluralismus unterstellt, denn wer eine solche Forderung aufstellt, muß damit rechnen, daß er ernst genommen wird. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Was haben die bisherigen Ausführungen nun mit dem "Fall R.K." zu tun? Wir wollen an dieser Stelle nicht die Qualifikation und den Standpunkt der anderen Bewerber untersuchen. Wir unterstellen, sie seien Marxisten. Unter diesen vier berufungsfähigen Bewerbern besitzt Robert Katzenstein die höchste Qualifikation. Wir wissen uns mit der Berufungskommission darin einig, die ihm heute nicht (mehr) seine Qualifikation bestreitet, die zugibt, daß Katzenstein auch über Kenntnisse der verschiedenen neo-marxistischen Ansätze verfügt. In der Berufungskommission wird derzeit nur noch davon gesprochen, Katzenstein passe nicht in die wissenschaftspolitische Landschaft. Dies kann aber nur heißen, daß der Berufungskommission Katzenstein

als Vertreter jener Theorie nicht genehm ist, die ihre Fruchtbarkeit für die Realanalyse heutiger Phänomene immer deutlicher unter Beweis stellt, als Vertreter der Theorie des Stamokap. Fürcht vor der Auseinandersetzung mit dieser Theorie und ihren Ergebnissen, dies scheint das treibende Motiv zu sein, das - neben der explizit politischen - aus wissenschaftspolitischer Sicht gegen Katzensteins Berufung spricht.

Resümieren wir: Sowohl quantitativ als auch qualitativ ist das Lehrangebot mit marxistischer Ausrichtung am FB 10 unterrepräsentiert. Wissenschaftspluralismus findet an diesem Fachbereich - wenn überhaupt - nur in sehr engen Grenzen statt. Gerade die Einhaltung - die endliche Einführung - des Wissenschaftspluralismus macht aber die Berufung eines Marxisten auf den vakanten Lehrstuhl nötig. Unter den vier berufungsfähigen Bewerbern sticht R. Katzenstein deshalb hervor, weil er sowohl den generellen Qualifikationsanforderungen gerecht wird, als sich auch als Vertreter des marxistischen Ansatzes ausweist, der bislang am FB nicht vertreten ist, aber den bedeutendsten innerhalb der verschiedenen marxistischen repräsentiert.

Sich für die Berufung Robert Katzensteins einzusetzen heißt, so, sich für die Durchsetzung des Wissenschaftspluralismus am FB 10 einzusetzen. Weil Fortschritt der Wissenschaft undenkbar ist ohne Auseinandersetzung, deshalb gehören Marxisten an den Fachbereich, deshalb wurde im ursprünglichen Begründungstext die Institutionalisierung des Marxismus in Lehre und Forschung gefordert. Der "Fall K." ist hier Beispiel dafür, wie die Forderung nach Wissenschaftspluralismus dann zur hohlen Phrase gerinnt, wenn sie nicht in das Konzept der Rechte paßt.

Nicht weil Katzenstein den Wissenschaftspluralismus am Fachbereich gefährden könnte stößt er bei radikalen Wissenschaftsfeinden auf Ablehnung, sondern weil man dem Wissenschaftspluralismus am FB durch seine Berufung einen Schritt näher käme. Weil Katzenstein Marxist ist deshalb soll verhindert werden, daß er überhaupt auf der Berufungsliste erscheint. Hier geht es nicht um die Person Katzenstein, sondern um die von ihm vertretenen Lehrinhalte. So wie es geschehen ist, die Einladung Katzensteins zum Hearing durchzusetzen, so muß erreicht werden, daß Katzenstein auf die Berufungsliste gesetzt wird.

IV

BERUFSVERBOT

THEORIEVERBOT

DENKVERBOT

Die Methode der bisherigen Berufsverbotspraxis zerfällt in zwei Formen. Die eine - direkte - Form kumuliert in dem zur "Begründung" für die Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst herangezogenen Vorwurf der potentiellen Verfassungsfeindlichkeit. Während hier das Berufsverbot in der Regel aus dem partei-politischen oder/und sonstigen "Verhalten" des Bewerbers konstruiert wird, ist die andere - indirekt wirkende - Form auf den ersten Blick nicht als Berufsverbot zu erkennen. Dies wird vornehmlich auf der institutionellen Ebene vorgenommen, wo auch ohne "Anhörungsverfahren" oder ähnlichem das gewünschte Resultat erzielbar ist, ohne daß eine offizielle Verhängung von Berufsverbot zu erfolgen hat. So im Falle Katzenstein, im Wege der Erstellung einer Berufungsliste, wobei solche Form immer dann Opportunitäterlangt, wenn die erstere kein tragfähiges Fundament erbringen würde, etwa weil der entsprechende Bewerber nicht partei-politisch gebunden ist und/oder wissenschaftliches Renomee aufweist. Wie in der Methode, so muß auch bei den Auswirkungen von (so oder so) erfolgten Berufsverboten in zweierlei unterschieden werden.

Einerseits in jene, die vorrangig die Freiheit der individuellen Berufswahl und -ausübung betreffen, andererseits in jene, die über die direkt individuelle Betroffenheit hinaus allgemeine Bedeutung erlangen, wenn mit der Einschränkung der freien Berufswahl eine solche des wissenschaftlichen Forschens und Lehrens, bzw. der in der Verfassung postulierten Wissenschaftsfreiheit generell einhergeht.

Denn die durch die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalverhältnisses bewirkte tendenzielle Verwandlung der im wissenschaftlichen Bereich Tätigen in als Lohnarbeiter an der Mehrwertproduktion mehr oder minder direkt Beteiligte, verwandelt die private Verant-

wortung des scheinbar autonomen bürgerlichen Einzelwissenschaftlers in die gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers für die Folgen des gesellschaftlichen Handelns der Klasse, der er nunmehr angehört, oder der er sich zumindest in seinem sozioökonomischen Status annähert. Somit trägt der wissenschaftlich Tätige als Repräsentant oder Angehöriger einer dem Kapital gegenüberstehenden Klasse jene besondere Verantwortung, die ihm als besonderem Mitglied dieser Klasse zukommt und die sich zunehmend in seinem Bestreben ausdrückt, mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Wissenschaft in der Aktion der Klasse - etwa im Kampf um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle - an der Verwirklichung der Ziele dieser Klasse mitzuwirken. (Vgl.: Rainer Rilling, Die Krise der bürgerlichen Wissenschaft und die Verantwortung des Wissenschaftlers, in: Blätter für deutsche u. internationale Politik, 10/1975)

Ist es weiterhin das allgemein gefaßte Motiv von wissenschaftlich Tätigen, als Teil der demokratischen Bewegung, zur bewußten Beherrschung nicht nur der Folgewirkungen des sozialen Handelns der Wissenschaftler, sondern aller Gesellschaftsprozesse, gemäß den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen beizutragen, so bezweckt die Berufsverbotspraxis zunächst einmal, diese sich gegen die Formierung der Wissenschaft im Interesse des Kapitals wendenden Kräfte, aus dem Wissenschaftsbetrieb auszuschließen; wendet sich in dieser Form letztlich gegen das demokratische Selbstverständnis und Handeln von Wissenschaftlern, um die demokratische Bewegung insgesamt zu schwächen.

Von diesen Folgen sind die darüberhinausgehenden zu scheiden, die sich vornehmlich für die gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen einstellen.

Wenn sich das allgemeine Verhältnis von gesellschaftlicher Praxis und Theoriebildung als ein in letzter Instanz durch die gesellschaftliche Praxis bestimmtes ausweist, Theoriebildung und theoretischer Standpunkt gerade in den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen dementsprechend kein freier Akt (individueller) Intuition sein kann, Theorie in concreto dennoch durch - allerdings gesellschaftlich bestimmte, - Individuen geformt und artikuliert wird, dann erweisen sich individuelle getroffene Berufsverbote nicht "lediglich" als Einschränkung der individuellen Freiheit von Forschung und Lehre.

hinsichtlich einer Reduktion von wissenschaftlicher bzw. gesellschaftlicher Verantwortung des Wissenschaftlers auf ein den Kapitalinteressen entsprechendes Maß, sondern bei hinreichender (Berufsverbots-)Systematik darüberhinaus als ein allgemeines Verbot der Artikulation und Selbstdarstellung bestimmter Theorien, wodurch das über Individuen verhängte Berufsverbot zur Qualität von THEORIEVERBOT gerinnt. Zumal und gerade dann, wenn die Vertreter jener Theorie in der universitären Forschung und Lehre ohnehin dünn gesät sind.

Eben jene Theorie, von der hier gehandelt, die in der Tradition der Marxschen "Kritik der Politischen Ökonomie" befindlich ist, bildet im aktuellen Fall den Ausgangspunkt für die im Wissenschaftsbetrieb hoch eingeschätzten Beiträge zur wissenschaftlichen Durchdringung neuerer Phänomene der modernen Kapitalbewegung, die Robert Katzenstein bisher geleistet hat.

Eine etwaige Nichtberufung dieses Wissenschaftlers trifft somit, wie schon in anderen vergleichbaren Fällen (als jüngster sei nur W.F. Haug genannt) nicht ausschließlich die Person, sondern deren wissenschaftliche Arbeit und die "Kritik der politischen Ökonomie" schlechthin, eine Kritik, die im Verlauf des letzten Jahrhunderts nicht nur ihre Eignung zur wissenschaftlichen Analyse der auf dem Kapitalverhältnis beruhenden Produktionsweise, sondern auch ihre tiefgreifende Praxisbezogenheit unter Beweis gestellt hat. Ihre durch entsprechende Berufsverbote erfolgende Illegalisierung reduziert gesellschaftliche Praxis und Theoriebildung auf eine systemerhaltende Form und immunisiert gleichsam institutionelle von Kritik, ist doch die Konstitution und Weiterentwicklung der "Kritik der politischen Ökonomie" ohne ihren bürgerlichen Antipoden undenkbar; womit sich schließlich diese Form und Auswirkung der Berufsverbote, die einem Theorieverbot gleichkommen, mit der anderen Form trifft: Die Verhinderung von Einsicht in die gesellschaftliche Praxis bzw. wo schon derartige Einsicht vorhanden, die Säuberung des öffentlichen Dienstes, wodurch Berufs- und demzufolge Theorieverbot auf den eigentlichen Nenner gebracht werden - Denkverbot! Daß sich hinter diesem Ziel ein schwerwiegenderes verbirgt wird deutlich, führt man sich vor Augen, daß sich Berufsverbote nicht

nur auf den Wissenschaftsbereich erstrecken, heute sind von diesen inquisitorischen Machenschaften nicht nur Lehrer und Wissenschaftler betroffen, sondern auch Postbeamte, Krankenschwestern und Lokomotivführer. Gerade das drohende Berufsverbot gegen einen Eisenbahner hat die demokratische Öffentlichkeit intensiv beschäftigt, wird doch hier deutlich, daß das angestrebte Denkverbot Teil einer reaktionären Strategie ist, die auf die Abschaffung jeglicher Opposition zielt.

Bezogen auf die Studienverhältnisse trägt dies - neben den verschiedenen Formen der "inschüchterung" - zu einer fortschreitenden Einengung und Verkümmerng des dem Studierenden dargebotenen gesellschaftswissenschaftlichen Fundaments, ebenso bei, wie zur Verkümmerng der universitären Forschung und Lehre. Dies um so mehr, wenn daran gedacht wird, daß Theoriebildung sich nur im Kontext kritischer Auseinandersetzung vollziehen kann.

Bei der Forderung nach der Berufung Robert Katzensteins handelt es sich mithin nicht allein um dessen Person, etwa als den für die ausgeschriebene Stelle qualifiziertesten Bewerber, sondern vielmehr um die Beseitigung institutionell abgesicherter Denkverbote, denen sich auf Dauer kein Hochschulangehöriger entziehen kann, es handelt sich mithin um die eigenen existentiellen Interessen!

## Veröffentlichungsliste

### Bücher:

- (1) Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus; Akademie Verlag, Berlin-DDR, und Verlag deb, Westberlin 1974
- (2) Technischer Fortschritt - Kapitalbewegung - Kapitalfixierung Akademie-Verlag, Berlin-DDR, 1971 und Verlag deb, Westberlin 1974
- (3) Zu Problemen der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus eine Textauswahl; Marburg 1974 (Hrsg. von Fachschaftsvorstand Gesellschaftswissenschaften und Asta der Philips-Universität)
- (4) Katzenstein/Peter, Marx/Engels/Lenin - Ein Nachschlagewerk zur politischen Ökonomie, erscheint im Verlag 1977, Westberlin

### Aufsätze:

- (1) Die besondere Bedeutung des moralischen Verschlüsses und seiner Durchsetzung für die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Produktion; in: "Probleme der Politischen Ökonomie", Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 6, Berlin-DDR 1963
- (2) Katzenstein/Liebe, Zu einigen Entwicklungstendenzen der volkswirtschaftlichen Strukturen in Westdeutschland und einigen anderen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern, in: Konjunktur und Krise (nachfolgend: KuK) Berlin 2/1968
- (3) Die Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen in der westdeutschen Industrie von 1924 - 1956, in: KuK, 2/59
- (4) Zur Einwirkung des Zweiten Weltkriegs auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß ....? KuK, 2/1963
- (5) Der Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals im Spiegel der westdeutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: KuK, 4/1963
- (6) Technischer Fortschritt, Wachstum und Umschichtung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen den beiden großen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion; in: KuK, 4+1967
- (7) Probleme der Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit im Wachstumsprozeß; Festschrift, auch veröffentlicht in: Probleme der Politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts f. Wirtschaftswissenschaften, Berlin-DDR, Bd. 11/1968
- (8) Over de theorie van het staatsmonopolistisch kapitalisme; Paradoxa



- dogma, Tijdschrift voor Politiek und Politikologie, Nijmegen 2/1973
- (9) Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus, zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate, in: Blätter f. dt. und internat. Politik, Köln, 8/1973
- (10) Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Westberlin, 8/9/1973; als Sonderdruck in: Blätter f. dt. und internat. Politik Hefte zur politischen Gegenwartsfragen, Köln, 8/1973
- (11) Zum Problem einer marxistischen "Staatsableitung", in: Blätter f. dt. und internat. Politik, Köln, 4/1975
- (12) Zur Monopolproblematik; in: Sozialistische Politik, Westberlin 28/1974
- (13) Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus; in: Argument, Sonderhefte, AS 6/1975
- (14) Zum Inhalt des Monopols, in: Konsequenz, Westberlin, 21/1975
- (15) Monopol und Krise, in: Das Monopol - ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1976

Die Veröffentlichungen R. Katzensteins umfassen insgesamt etwa 50 weitere Aufsätze, Rezensionen, etc.

# San José State University

SAN JOSE, CALIFORNIA 95192

SCHOOL OF SOCIAL SCIENCES

Department of Economics

(408) 277-2758

January 3, 1974

To: Professor Dr. W. von Bredow, Dekan des Fachbereichs  
Gesellschaftswissenschaften der Philipps Universität

From: Professor Dr. Karl H. Niebyl, Emeritus of Temple University,  
Philadelphia, Pa., and at present Visiting Professor of  
Economics at San Jose State University

Re: The candidacy of Dr. Robert Katzenstein

It has been with considerable interest, and pleasure, that I have followed the development of Dr. Robert Katzenstein as a scholar through his impressive list of publications. His field of interest, the analysis of the political economy of present-day capitalism, has been very much the focus of my own researches in the field. Dr. Katzenstein's earlier "Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus" of 1967, has now been followed by his book Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung, Kapitalfixierung, 1971. I believe, that this major work of Dr. Katzenstein demonstrates particularly well the scholarly and yet creative methodology which he employs in his investigations. Already has his analysis of technical progress as a process of setting free and restructuring social labor ~~has~~ attracted the attention of economists here in the United States, as well as in Europe.

The concrete setting for this analysis, Dr. Katzenstein finds in the major technological revolution presently under way, the beginning of which he finds in middle Europe and Japan (but not in the United States) in 1957-58. He shows on the example of the development of the Federal Republic of Germany that, while the main direction of the structural changes in the manufacturing industries show an average growth of the raw material and capital goods industries, with an above average development in the mineral oil and chemical industries, and a far above average growth in the electrotechnical and automobile industries, but a below average performance in the consumer goods industries, there was no area of economic activity in which investment per employee had not increased. The size of investment per employee had in fact increased dramatically: eight times in the building industry, seven times in agriculture, and in energy production more than three times. In assessing the structural changes and their influence upon the fixed part of the total social capital, Dr. Katzenstein concludes that indeed a broad transformation of a technical character had taken place, and that this transformation was primarily characterized by the fact that it succeeded in lifting the production techniques of relatively retarded industrial fields to a higher technological level. It was this development of the progressive

socialization of industrial production that prepared - and provided the perspectives for - the real and quick progress of the technological revolution on the broadest basis.

These highly interesting, precise and detailed investigations are then followed by an analysis of the specific forms which the process of technical progress assumes within the frame of capitalist production relations. Dr. Katzenstein shows convincingly that the objective limitations to technological investment (e.g., that the extra profit produced must be net after the destruction of the old investment; or that the profitability of modern technology presupposes such a high a degree of socialization of production, that in the given economic structure it may not be available, and/or may well be impossible to generate) can yet never lead to a cessation of further development of the productive forces. The real problem, lies therefore, in the dialectic relations between the increase in the degree of socialization of production, and the capitalist productive relations. The limits for the development of the productive forces are a clear expression of the kind of problems which capitalist development has to face. Thus, to appreciate the limits to technological progress under conditions of state-monopoly capitalism, it is necessary to see that it is the inherent and unavoidable problem of the latter to try to break through the narrowness of the private property relationships that are basic to capitalism, in order to create the conditions for the development of social production qua profit production. The present form of capitalism does not overcome private property relations - which are after all the very means for the private appropriation of social production - but tries to make the activity of private capital possible under the present-day forms of the socialization of production. Examples for the latest stage in this contradictory development are seen in the purchase by the Federal German State of entire coal mines, or in the case of Italy, state purchase of a major part of share-capital of the chemical firm of Montecatini-Edison in order to be able to insist on certain policies necessary in the interest of the economy as a whole.

As to other impacts of the technical revolution: Dr. Katzenstein sees the problem of unemployment today primarily as an immediate result of the present technical revolution rather than as a problem of the cyclical movement of production. He illustrates his case aptly with the experience of the United States where even a significant rate of economic growth proved incapable of pushing the unemployment rate below 5%. The danger of a chronic unemployment arises as the result of the redistribution process of social labor, the latter being one of the unavoidable consequences of the technical revolution. The consequent necessity for anticipatory social planning Katzenstein sees as not being possible within the given price-profit mechanism.

It is my considered opinion, that Dr. Katzenstein's book on Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung, Kapitalfixierung, of which I recounted above the major points, represents a major contribution to economic theory, and as such a crucial insight into the nature and structure of capitalism at its present stage of development.

There are other contributions of similar importance by Dr. Katzenstein. In a published paper "Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate," written in connection with the so-called "Stamokap" debates, Dr. Katzenstein points out, that at the present level of socialization, profit does not function either as impetus to or as regulator of production and productive forces to any significant degree.

It is rather the state which enters into the process of accumulation and mobilises the capital. In spite of the fact that such intervention must produce social conflicts, the reason for the intervention is that without it the processes of the appropriation of profit, its distribution and realization, capital would not be able to function. The complex of causes that lead to the tendency of the rate of profit to fall, leads under present conditions, and increasingly so, towards the formulation of economic policy by the State.

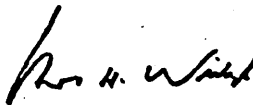
The operation of this law lays bare a goal vs. means conflict, in that the goal: the improved realization of capital, encounters in the realization of that goal the development of the productive forces. As the result, the realization of capital will in the end diminish. But a fall in the profit rate has never been a barrier to the development of the productive forces; the stimulus for economic development had always been the extra profit and thus the increase in the rate of profit for the individual capital. Only in the subsequent extension of the process to the total social capital did the profit rate exhibit its tendency to fall. Dr. Katzenstein now argues convincingly, that since variable capital may become immeasurably small relative to constant capital, we can observe already today branches of industry where variable capital can hardly be said to play a significant role, as c.g., in the cigarette industry, though the productivity of this labor can still be increased. While the volume of labor can no longer be decreased, the volume of products can be increased and thus extra profit be earned. And/or constant capital can be cheapened in a situation in which the organic composition of capital is already extraordinarily high. The fact, therefore, that the realization of capital is not concerned with its consequences over the long run, but with the short-run productivity of its productive forces, is not in conflict with the operation of the law of the tendency of the profit rate to fall, but the result of the internal conflict within the latter between its aim and its means.

This analysis of the operation of the law of the tendency of the rate of profit to fall is extremely significant, as it throws light upon a major dilemma of capitalist production. With the relative growth of constant capital and the absolute increase in its capacity to produce, the profit aim can be realized only through a short-run multiplication of sales. To provide for a proportionate increase in the socialization of production, has been in the past a matter of long-run economic development. If the urgently needed short-run increase in sales cannot be made to materialize, the mass of profit realized must be diminished, and the cost of capital per unit of output will be increased. Any corresponding price increases could react unfavorably upon sales and thus sharpen the dilemma. In Dr. Katzenstein's formulation, this dilemma is represented in the inability of capital to afford a weakening of its cyclical position in the highly uncertain hope of realizing its output over the long run. It is a rule of thumb in investment decisions today, that the costs of any new improved technology have to be amortized within four years out of the additional profit realized. The introduction of the new technology is, therefore, dependent upon an extraordinary high saving on the cost of, c.g., raw materials, i.e., circulating constant capital. Even in this case, the realization of the profit would still depend upon the acceleration of sales, i.e. its predictability with a sufficient degree of certainty. In the absence of these conditions, the organic composition of capital would, at this point, present a limit to the further development of the productive forces. It is, thus, the extreme difficulty to produce ultimately the necessary degree of socialization of production,

that sets its own limits of development. Capital can utilize technical progress only to the degree that the potential for profit increase can be realized. Dr. Katzenstein demonstrates by means of concrete examples, that the possibilities for technological advance have been used to about 25%. The problem of the introduction of technical progress appears here simultaneously with that of the destruction of existing capital. The relationship between both is shown to be mutually reinforcing.

I have reviewed some of Dr. Katzenstein's most recent publications in some detail, in order to demonstrate that they represent indeed fundamental insights into the operation of the capitalist economy, and extremely valuable contributions to the formation of adequate economic theory. In his long list of publications, Dr. Katzenstein has chosen topics in urgent need of serious investigation, and has carried these investigations through with a methodology which combines theoretical acuity and logical presentation with a formidable quantitative apparatus.

We shall be looking forward in this part of the world to the continuing contributions of Dr. Katzenstein, as will you, his colleagues, and your students.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Paul H. White". The signature is written in a cursive style with a large initial "P".

Prof. Dr. Elmar Altvater

G U T A C H T E N

über Herrn Robert Katzenstein

Ich kenne Herrn Katzenstein seit etwa einem Jahr und stehe seitdem mit ihm in einem kontinuierlichen wissenschaftlichen Meinungsaustausch. Dabei habe ich ihn als einen äußerst kooperativen und auch für Fragestellungen aus verschiedenen wissenschaftstheoretischen und wissenschaftspolitischen Zusammenhängen aufgeschlossenen Kollegen schätzen gelernt. Herr Katzenstein hat sich bislang vorwiegend mit Strukturproblemen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses beschäftigt. Seine Analysen zum Konjunkturzyklus, zur Investitionstätigkeit, zur Bewegung des fixen Kapitals und zur Bedeutung des technischen Fortschritts für die Akkumulationsbedingungen des Kapitals sind als äußerst wichtige Beiträge zur marxistischen Analyse des entwickelten Kapitalismus weitgehend akzeptiert. Auch diejenigen marxistischen Wissenschaftler, die nicht mit allen Fragestellungen und Problemlösungen, wie sie Katzenstein entwickelt, einverstanden sind, kommen nicht umhin, sich auf das von ihm aufgearbeitete Material und seine Interpretationsversuche zu beziehen.

Erst jüngst hat Herr Katzenstein im Rahmen der Konstituierungsveranstaltung der Arbeitsgruppe "Politische Ökonomie" im Rahmen der deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Berlin ein Referat zu Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehalten und hat sich einem wissenschaftlichen Disput über seine Thesen gestellt, den wir beschlossen haben, auf jeden Fall fortzusetzen. Katzenstein hat in seinem Referat versucht, ausgehend von neuen Erscheinungsformen des entwickelten Kapitalismus, auf Veränderungen in der Produktionsstruktur zu schließen und dabei insbesondere die Rolle des Staats zu umschreiben. In der Diskussion seines Referats bewies er seine ausgezeichneten empirischen Kenntnisse, zeigte sich für methodische Probleme aufgeschlossen und war in der Lage, Mängel

und offene Probleme in methodischen Ansätzen, die die Kategorien des Monopols und des Staats rigide von der Marxschen Theorie her zu entwickeln versuchen, kritisch aber solidarisch aufzugreifen.

Herr Katzenstein hat sich m.E. durch seine Schriften eindeutig als Hochschullehrer qualifiziert. Ich halte ihn für befähigt, den Ansprüchen der betreffenden Stelle gerecht zu werden. Obwohl er sehr wenig Lehrerfahrungen hat, halte ich ihn auch für didaktisch befähigt genug, um sein Wissen produktiv in der Ausbildung von Studenten umzusetzen. Ich kann Herrn Katzenstein daher nachdrücklich empfehlen.

*Elmar Altvater*

(Prof. Dr. Elmar Altvater)



# INSTITUUT VOOR POLITICOLOGIE

KATHOLIEKE UNIVERSITEIT TE NIJMEGEN

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

Uw brief d.d.:

no.:

Onderwerp:

Nijmegen, 7.6.1975

Verlengde Groenestraat 43

Tel. (080) 55 87 11, ext. 2370

Om kenmerk:

Gutachten für Dr. habil. Robert Katzenstein  
=====

Ich kenne Herrn Katzenstein aus seinen Veröffentlichungen und als Vorsitzender des Arbeitskreises Politische Ökonomie der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, für dessen Berliner Tagung im Frühjahr dieses Jahres er ein Referat zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus vorbereitete und vortrug.

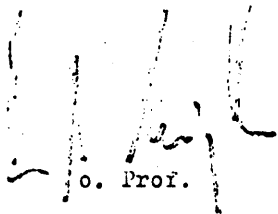
Obwohl ich nicht den von Herrn Katzenstein vertretenen theoretischen Analyserahmen teile, habe ich die Lebendigkeit und begriffliche Klarheit seiner Darstellungen beeindruckt. Ich halte sie beispielhaft für die Explikation und Anwendung der Begriffe der Kritik der Politischen Ökonomie bei der Verfolgung spezifischer Fragestellungen. In seiner Arbeit "Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung, Kapitalfixierung" deduziert er die Kategorien nicht von einem abstrakten Schema mit ubiquitären Illustrationen, sondern entfaltet sie erst systematisch in der Darstellung seines Gegenstandes, - eine exemplarische Erfüllung des klassischen Postulats, von Abstraktem zum Konkreten aufzusteigen. So gelingt es ihm bei der Frage nach den Bedingungen des technischen Fortschritts den Zusammenhang nicht nur mit den gesellschaftlichen Grundverhältnissen sondern auch mit wichtigen Erscheinungsformen der vorherrschenden Produktionsweise, wie Preissetzung, Umschichtung der Lohnabhängigen, Klassenkämpfe, Umweltzerstörung u.a. herzustellen und transparent zu machen. Wegen dieser methodischen Vorsätze bietet die Arbeit auch die lange gesuchten inhaltlichen Einsichten über die Voraussetzungen und Wirkungen des technischen Fortschritts, die in anderen Darstellungen analogistisch oder fatalistisch vorgestellt werden.

Das Gelingen dieser und anderer Arbeiten wird dem Verfasser offensichtlich sehr erleichtert durch einen Fundus an Kenntnissen über die realen Kapitalbewegungen, die seinen Studien auch einen hohen informativen Wert verleihen. Wie vergleichsweise selten spürt der Leser, daß Robert Katzenstein nicht von sondern über etwas berichtet. Diesen Eindruck bestätigen auch Art und Weise seines Vortrags und seiner Diskussionsbeiträge.



Zusammenfassend kann ich daher feststellen, daß Herr Katzenstein wissenschaftlich hervorragend qualifiziert ist, einen Lehrstuhl für Politische Ökonomie zu übernehmen.

Während der Vorbereitung und Durchführung der erwähnten wissenschaftlichen Tagung habe ich an Herrn Katzenstein seine Bereitschaft und Fähigkeit zur Kooperation schätzen gelernt. In der Diskussion seiner Ausführungen mit Kollegen und Studenten fiel mir auf, daß seine unaufdringliche Kooperationsbereitschaft gepaart ist mit Aufgeschlossenheit und einem didaktischen Geschick, das mir als eine zweite wesentliche Voraussetzung seiner Qualifikation für eine Stelle als Hochschullehrer erscheint.



o. Prof.

# ADSÖK

am FB 10



**AKTIONSGEMEINSCHAFTEN von Demokraten und Sozialisten**

## Berufsverbot für R. Katzenstein

Sowohl Robert Katzenstein als auch einziger der Bewerber für die ausgeschriebene AH-5 Prof-Stelle für politische Ökonomie an der WE 4 des Fachbereichs 10 qualifiziert ist und seine Qualifikation durch eine größere Anzahl von Gutachten bekannter Politikökonomen (wie Altwater, Tudyka, Morishima, etc) bestätigt worden ist, lehnen ihn unsere Provinzwissenschaftler wie Jäger, Riese und Klinkmüller ihn in der Sitzung der Berufungskommission am Anfang der Woche ab!

Dies stellt ein eindeutiges Berufsverbot dar, hier wird ein Vertreter marxistische Lehrinhalte dadurch diskriminiert, daß einfach erklärt wird, daß der Marxismus heute keine adequate wissenschaftliche Theorie mehr sei!

Während an nahezu allen Fachbereichen der FU gegen Politische Disziplinierung und Berufsverbote zestreikt, über 20 000 Hochschulangehörige dagegen auf die Straße gehen spricht die Berufungskommission des FB 10 erneut ein Berufsverbot bereits auf der Ebene der Gremien aus. Die sensthörigen Gremienvertreter scheuen keine Provokation gegen die demokratische Bewegung,

## Die Vorgeschichte

Als in der Auseinandersetzung um die "Reformierung" des Studiums am FB 10 durch eine neu konzipierte Studien- und Prüfungsordnung nach heftigen Auseinandersetzungen ein Schwerpunkt "Polök" in der neuen Stupo definitiv verankert wurde und diesem Schwerpunkt zwei Studiengänge mit je einem Prof zugeordnet, wurde dies als ein Erfolg - trotz allen Übels - gewertet.

Es ergab sich nämlich die Möglichkeit, um neben Kisker einen zweiten Hochschullehrer an den FB zu bringen, der Marxistische Polök zum Inhalt seiner Lehre und Forschung macht. Die Besetzung, der an der WE 4 auf diesem Hintergrund neu ausgeschriebenen Stelle erhält deshalb erhöhte Bedeutung. Wird die Stelle nämlich nicht von einem Marxist besetzt, dann wird über den Umweg der Berufungspraxis die oben dargestellte, im wesentlichen durch studentischen Druck erkämpfte Position ihres Inhalts beraubt - die marxistische politische Ökonomie statt stärker verankert noch weiter zurückgedrängt.

## Wieder ist ein Marxist betroffen!

Die Berufungskommission für besagte Stelle beschloß am letzten Montag, den einzigen Marxist, der überhaupt in den engeren Kreis der Bewerber gezogenen Kandidaten, Robert Katzenstein, nicht nur aufgrund seiner vergleichsweise Qualifikation auf den ersten Platz der Berufungsliste zu setzen, sondern gänzlich zu streichen und